

Volksblatt



Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Saalkreis

Das "Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ der Arbeiterbewegung. Geschäftsstelle: St. Marienstraße 6. Fernsprech-Nr. 2465, 2467, 2605. Persönliche Anwesenheit mittags von 12 bis 14 Uhr. — Unverlangt eingehenden Manuskripten ist keine Rücksicht zu nehmen.

Bezugspreis monatlich 1,80 und 0,30 RM. Aufstellung vom 1. April bis zum 30. April 1932, für Höherer monatlich 0,45 RM. Belegpreis 2,10 RM. durch Postboten zugestellt 2,30 RM. bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,40 RM. — Einzelgenuss 13 Pf. im Anzeigen- und 8 Pf. im Restanteil der Mitglieder. Hauptvertriebsstelle: St. Marienstraße 6. Fernruf 2465, 2467, 2605. Postfachkonto 2010 Erfurt.

Die steuerfreien Lohnbeträge und Familien-Ermäßigungen müssen voll berücksichtigt werden

Steuerausschuß für Lohnsteuer-Erstattung

Einstimmiger Beschluß / Sozialdemokratie hilft / Niederlage der Finanzbürokratie

Der Steuerausschuß des Reichstages nahm am Dienstag den Antrag auf Wiederherstellung der Rückerstattungsfrist für zwei gestaffelte Steuern an.

Am Verlauf der Beratungen begründete Abg. Dr. Herz (Soz.) die Notwendigkeit, die Erstattungsfrist wiederherzustellen. Die Aufhebung der Erstattungsfrist sei ein trauriges Unrecht, durch das zwei Gruppen von Steuerzahlern getroffen worden seien: die Gruppe der Veranlagungspflichtigen, die nur die gesetzlich vorgesehenen Steuern zu zahlen hätten und in besonderen Fällen Ermäßigungen auf Grund von Wittelsunterstützungen erhielten, und die Gruppe der Lohnsteuerzahler, die über die gesetzliche Erstattungsfrist hinaus belastet und der außerdem Wittelsunterstützungen verweigert würden. Wie groß das Lohnsteuerzahler zugunsten Unrecht sei, geht am besten aus der Tatsache hervor, daß unter der Geltung der Erstattungsfrist von 1926 bis 1930 rund 324 Millionen Mark zurückgezahlt worden seien und zurückgezahlt werden müßten.

Ministerdirektor Dr. Jardehn hat, den Antrag auf Wiederherstellung der Erstattungsfrist abzulehnen. Die von dem Abg. Dr. Herz beantragte Aufhebung der Erstattungsfrist aus Wittelsunterstützungen auf Grund des § 121 der Reichsabgabenordnung (alte Fassung § 126) ist nur eine Konsequenz der Befestigung der allgemeinen Erstattungsfrist gemeint. Am Reichsfinanzministerium

wurde gegenwärtig geprüft, ob die von dem Abg. Dr. Herz angeregte Einführung von Lohnsteuerbüchern möglich sei und ob durch die Ausdehnung des Lohnsteuerzeitraums für die Erstattung der Lohnsteuer die Erhebung von zwei gestaffelter Lohnsteuer vermieden werden könne.

An der Aussprache beteiligten sich noch die Abg. Dr. Führer (Bader, Sp.) und Meier-Baben (Soz.). Als Redner traten sich auf den Standpunkt, daß die Erstattungsfrist zwei gestaffelter Lohnsteuer grundsätzlich beibehalten werden müsse.

Der grundsätzliche Teil des Antrages auf Wiederherstellung der Rückerstattungsfrist wurde angenommen, der übrige Teil dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Einstimmig wurde eine sozialdemokratische Entschließung angenommen, in der die Reichsregierung ersucht wird, die Erhebungsform des Steuerabzuges vom Arbeitelohn mit größter Beschleunigung derart umzugestalten, daß die dem Steuerpflichtigen gesetzlich zustehenden jährlichen steuerfreien Lohnbeträge und Familienermäßigungen vollständig berücksichtigt werden, eine Ubergangsform der Steuer bei Verdienstausfall infolge Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. ausgearbeitet wird und die Wiederherstellung der Erstattungsfrist bei Verdienstausfall entsprechend dem früheren § 93 des Einkommensteuergesetzes nicht erforderlich ist.

Do X in Berlin

Glückliches Ende der Amerikareise

Das Flugschiff Do X hat seine Amerikareise glücklich beendet. Am Dienstagmorgen um 6 Uhr 15 Minuten ging die Maschine auf dem Flughafen im Osten Berlins nieder: der letzte Start war in Galveston, dem englischen Wasserflughafen bei Southampton, am Morgen um 10 Uhr 20 erfolgt. Am Bord waren 17 Personen: außer der Besatzung Dr. Dornier und Frau, erster Direktor Dr. Kühl-Samburg, der die Beamtensicherung organisierte.

Schon vom frühen Nachmittag an war die weite Fläche des Müggelsees von Schiffen aller Art, Seglern und Bahrlern, Motorbooten und Dampfbooten überfüllt. Zehntausende säumten die frühlinggrünen Uferwege, viele setzten auf die Bäume, die Jänne, die Dächer. Mit Spannung wartete man die Landungen: Cyprien verließ Hamburg pünktlich, grüßte Kurs auf Berlin —; schon reisten bis die Hälfte der Do X noch über der Hand sein mußte. Mündlich klang es am Himmel feineres Flugzeug auf, vier, sechs, sieben, die Entschleunigung, daß nicht der erwartete Gott darunter war, schien jedesmal groß. Gegen fünf Uhr durchflogen die „amtlichen“ Schiffe der Regierung, der Reichsflotte, der Luftfahrt und der Preisdampfer die von weißen Pyramiden bezeugte Grenze des „Wasserunglückes“.

Um 6 Uhr 10 hört man die Meldung: „Um 7 Staaten überlegen.“ Jetzt taucht auch schon der große Vogel hinter den Schornsteinen von Berlin auf: Do X läuft an, umrundet schnell den See, senkt sich an der westlichste Ecke und gelblichgelben und gelblichgelben Ecken nieder, legt auf, steht schon nach kurzem Auslauf. Die große Reife ist beendet. Die Schiffstrecken keulen.

Langsam dreht Do X bei, auf die Gruppe der Begrüßungsschiffe zu, der Schwarm von Booten, der bisher still an der „Grenze“ lag, folgt. Die ganze Müpperringschiermiege läuft losjagen in den Müggelsee. Die Pyramiden haben ihre Rolle ausgeübt, zum Schluß umgezogen und umkränzt ein dichter Haufen von Bootern und Rudern den großen grauen Vogel. So werden die Begrüßungsleistungen, besonders auch die Reden, etwas flüchtig, aber darum nicht weniger herzlich. Reichsgerichtspräsident Trautman bespricht und begründet die Befragung des Do X im Namen der Reichsregierung, Kapitan Christiaan antwortet, spricht von der Zuverlässigkeit der Maschine, erzählt vom glatten Verlauf des Rückfluges von America, der in so auffälliger Gegenwart zu den verschiedenen unglücklichen Zwischenfällen bei der Hinreise steht.

Die Presseleute, die ihre Berichte schleunigst an den Mann oder nach wenigstens am Telefon bringen möchten, springen von ihrem Neben den Flugboot orientierten Schiff, das sie seit einfliegen, in Motorboote und pilgern sich damit durch die Reite des Röhrluffes an Land. Denn bevor das ganze Jeronimoff der Reben und Glückwünsche beendet ist, ist die Sonne bereits hinter den Müggelbergen verschwunden.

Bericht für Hindenburg

Rechner über ein Rechen
Staatssekretär Dr. Meißner fuhr gestern nach Reudel in Ostpreußen, um dem Reichspräsidenten einen Bericht über die Kabinetsarbeiten zu erstatten. Der Reichstagspräsident hat heute und morgen durch die Tagung des Reichstages in Potsdam des Reichstages in Berlin festgehalten.

Klagges maßregelt

Brannschweig, 24. Mai. (Eigenbericht.)
Das braunschweigische Staatsministerium hat gegen den sozialdemokratischen Ministerialbevollmächtigten Gell ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung eingeleitet.
Gell wird vorgeworfen, in den Jahren 1928 und 1929 verabschiedeten das Dienstkleidung demütig zu haben. Er hatte aber von dem zuständigen Beauftragten für Geprüfte, die er als sozialdemokratischer Beauftragter führte, die Genehmigung Gell gebot zu den meisten geprüften Beamten, die man bisher noch nicht entlassen, pensionieren oder maßregeln konnte. Es ist aber ein Fotoalbum (Kabinetsarchiv) des Gell.
Der „Dank des Vaterlandes“ wird von den Nationalsozialisten also in recht origineller Weise erfüllt.

Nazi-Lügner und Nazi-Demagogen ziehen ein

Schlechtes Hitler-Theater

Landtagsbeginn

Das Preußenparlament als Nazi-Kasernenhof

„Jehn Minuten vom Antreten ist — Antreten!“ An diese Kasernenparole wurde erinnert, vor einer Versammlung vor Landtagsbeginn die Wandeheule des Landtags betrat. Dieser erste, bodenständige Raum gleich am Dienstag einem Kasernenhof, auf dem eine neue ausgeübte Rekrutenmannschaft sich zu einem Male antritt. In einem dünnen Kamin gedreht — man konnte auch an einen von die Welt gehörten Dienstmädchen denken — hatten sich hart 16 Mann muskulösen, hakenkreuzgeschmückten Teufels. Mit typischen einseitigen Typen, diesmal allerdings nicht einseitiger Mißform, wenn auch Schiffsstiel und Ankerhof vorzogen.

Wozu warten sie? — Komische Frage: aus Kommando! Einmal hoerfunden das Scharen der Sieben die Sitzungsbegleit. Das Kommando ertönt, der Einmarsch kann sich vollziehen. Aber, daß der Kräftigkeit dieses Saales hat bei seiner Erbauung den höchsten Kasernenhof des Landtags noch nicht gekannt: an der Ecke der Säulen zum Sitzungssaal befindet der Meßerzimmer. Wie ein Sturmangriff an unvorhergesehenen Drahtständerinnen, so verpackt die militärische Parade im Eingang der Pforten.

Nis der Alterspräsident, General A. D. Ohmann, an dem Präsidentenfeld erscheint, erheben sich die verarmten Hitler-Mann zu einer „Heil“-Demonstration. Dann müssen sie sich artig verhalten, und das Theater geht an die Konferenz von der Rührerkeinen Linien über. Zur einen Augenblick freilich bietet das Haus einen Seiten von Einmütigkeit, als es sich zu Ehren der Opfer des jüngsten Bergwerkesunglücks den Widern erhebt. Aber das ist bald vorbei.

„Bei jedem Satz wird der Alterspräsident von kommunikativen Juraten — nicht gerade respektvoller Art — zugeführt. Der alte Hausbesitzer selber führt übrigens vor Provoaktionen aus nicht zurück. Hat er schon gleich beim Eintritt die „Heil“-Rufe seiner Fraktion mit 17 fächerigen Gruß erwidert, so verlor er gleich zu Beginn seiner Rede eine politische Demonstration, indem er erklärte, daß sein Verhalten nach der bisherigen Geschäftsordnung einseitig sei.“ (Deutscher Hinweis auf die Wahl des Alterspräsidenten.) Im Abgehen beruft Ohmann gemäß der Geschäftsordnung die Beilager, darunter auch den Sozialdemokraten Paegel, und schlägt die Konstituierung des Reichstages vor, der das Haus zumittelt.

Zur Einleitung führt die Kommunisten muß allerdings gesagt werden, daß gleich nach ihnen die Deutschnationalen die Gelegenheit benutzten, um zu beweisen, daß sie in handfester Demagogie den Kommunisten Konkurrenz zu machen gedenken. Ihr Herr von Winterfeldt begründete einen herrlichen „Mit-

trauensantrag“, dessen Sinn man dahin zusammenfassen kann: Das zurückgetretene Kabinett Braun-Seegering solle noch einmal zurücktreten, bzw. der Landtag entscheide dem wegen des Wahlausfalls bereits zurückgetretenen Kabinett sein Vertrauen. Selbstlos Denk, dieß hagenbedingte.

Am Mittwoch steht die Wahl des Präsidenten und der Alterspräsidenten als erster Punkt auf der Tagesordnung. Sachlich geht bei dieser ersten Sitzung noch nichts. Sie war kurz und schlichtes Theater für ein Publikum, dessen geistiges Niveau von den Allseits offenbar auf überhöhten Tiefstand eingehängt wird. Dem Denkenden lagte diese Sitzung nur, daß dieses Parlament wohl kaum schicksalhaft werden wird. Die Sozialdemokratie hat sich an der ganzen Theaterproduktion nicht beteiligt. Sie hat damit zum Ausdruck gebracht, daß sie Wissen und Pflichten eines Parlamentes erstere erfüllt als die Ziele, denen ein Spektakel für sensationelle Zwecke inszenieren Jued und Ungeheil ihres parlamentarischen Wirkens ist.

Nazi-Rückzug

Verzicht auf Änderung der Geschäftsordnung
In der Erkenntnis einer schweren Niederlage hat die Nazifraktion des Preussischen Landtags ihren Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung hinsichtlich der Wahl des Ministerpräsidenten am Dienstag zurückgezogen. Die Zurückziehung erfolgte ohne Begründung. Wahrscheinlich haben sich die Parteiführer inzwischen ebenfalls davon überzeugt, daß ihrem Antrag kein Erfolg beschieden sein würde.

Das neue Kabinett Rentin

Vom baltischen König ernannt

Brüssel, 24. Mai. (Eigenbericht.)
Das neue Kabinett des bisherigen Ministerpräsidenten Rentin ist am Montag von dem baltischen König ernannt worden. Der Ministerpräsident übernimmt zugleich das Amt des Finanzministers. Außenminister bleibt der liberale Abgeordnete Jhymans. Dem Kabinett, das sich fast ausschließlich aus baltischen Konfessions- und liberalen Männern zusammensetzt, gehören auch je ein holländischer und wallonischer Vertreter der christlichen Gemeinschaften an. Insofern wurden von Rentin aus seinem bisherigen Kabinett drei Minister ausgewechselt.

Die erste Landtagsfikung

Einsetzung des Altestenrates / Zwei Abtrahensanträge

Heute Präsidentschaftswahl?

Der neue Preussische Landtag trat am Dienstagmorgen, genau einen Monat nach der Wahl, zu seiner Eröffnungssitzung zusammen. Lange vor Beginn der Sitzung sind die Tribünen überfüllt. Nicht zuletzt bringen die Pressephotographen ihre Apparate in Aufstellung. Die der Abgeordnetentribüne fünf jährliche Reichstagsmitglieder erschienen.

Nachmittags füllt sich gegen 3 Uhr nachmittags der Saal. Beim dritten Ringelglocken zieht die nationalsozialistische Fraktion geschlossen in den Saal ein. Die Nationalsozialisten werden von den Kommunisten mit Zurufen empfangen.

Die Regierungsbank ist leer.

Als um 3 1/2 Uhr der Saal bis auf den letzten Platz besetzt ist, beginnt sich Alterspräsident Abg. Schumann auf den Platz des Präsidenten. Er wird von Parteifreunden mit Heulrufen von den Kommunisten mit Zurufen empfangen.

Der Alterspräsident erklärt: Ich eröffne hiermit die erste Sitzung des vierten Landtags. Ich bin am 22. Januar 1930 geboren. Heute also im 82. Lebensjahre. Ich frage, ob in dieser Versammlung jemand ist, der ein noch höheres Lebensalter aufweist. (Zuruf bei den Sozialisten: — Ja!) Das ist nicht der Fall. Also habe ich die Verhandlungen zu leiten, die der eigentliche Präsident gemacht ist. (Erreute Zurufe bei den Kommunisten.) Ich bitte als Beisitzer in den vorläufigen Beratungen die Abg. Dinter (KPD), Dautz (KPD), Benschel (KPD) und Frau Giese (KPD). (Die Beisitzer nehmen zu beiden Seiten des Alterspräsidenten Platz.)

Vor kurzer Zeit, so führt der Alterspräsident fort, während sich das ganze Land von den Wahlen erholt, hat sich auf der Erde Durchfall ein für allemal ereignet. Anfolge dieses Durchfalls haben sich Vergleiche über Leben lassen müssen. Ich spreche wohl im Namen des Landtags, wenn ich hiermit den hinterbliebenen das herzliche Beileid des Landtags zum Ausdruck bringe, und danke Ihnen, daß Sie sich zu Ehren der Verstorbenen von den Plätzen erhoben haben.

Der Alterspräsident teilt dann mit, daß außer der Rücktrittserklärung des Staatsministeriums von den Fraktionen bereits sehr zahlreiche Anträge eingebracht worden sind. Von dem jetzt er unter dem Gesicht der Kommunisten her, daß sich der neue Landtag eine Geschäftsordnung noch nicht gegeben habe, so daß zunächst die Bestimmungen der alten Geschäftsordnung Geltung hätten. Das bedeutet aber, so betont er, in keiner Weise die Hebung der bisherigen Geschäftsordnung durch den jetzigen Landtag.

Auf Vorschlag des Alterspräsidenten beschließt das Haus dann die Einsetzung eines Altestenrates. (Zuruf: Zurufe v. d. Komm.: Kein Protest gegen Verfall, Jung und Tributzahlung! Kein Wort zur Arbeitslosenfrage!)

Abg. Bied (Komm.) erhält dann, während seine Fraktion einen dreimaligen Vor-Front-Sturm ausbringt, das Wort zur Geschäftsordnung. Er bringt einen Antrag ein, zu dessen Begründung er zunächst ausführt, daß die Regierung Braun-Erwegung mit ihrem Rücktritt zum Ausdruck gebracht habe, daß sie eine andere Regierung an die Macht heranzuführen wolle. Auch das Zentrum sei bereit, mit den Nationalsozialisten unter gewissen Voraussetzungen zusammenzuarbeiten. Die Regierung Braun, so erklärt er weiter, will aber als geschäftsführendes Kabinett zunächst noch im Amt bleiben, um ihre arbeitsteilende Politik weiter fortsetzen zu können. Der Landtag hält es für notwendig, in schärferer Weise gegen diese Politik Stellung zu nehmen und das durch die Annahme des folgenden Antrags zum Ausdruck zu bringen: „Der Landtag prüft dem Geschäftsministerium von Braun-Erwegung das schärfste Abtrahensantrag.“

Alterspräsident Schumann: Gelehrte Abstimmung über den Antrag ist nach der Geschäftsordnung nicht zulässig. (Großer Lärm bei den Komm.) Ich frage, ob der Antrag des Abg. Bied sofort behandelt werden soll.

Zur die kommunalistische Fraktion erhebt sich, während die Abgeordneten der übrigen Fraktionen sitzen bleiben. (Zuruf: Abg. Kule und Lärm bei den Komm.)

Alterspräsident Schumann: Ich schlage vor, die nächste Sitzung abzuhalten am Mittwoch um 13 Uhr mit folgender Tagesordnung:

1. Wahl des Präsidenten, der drei Vizepräsidenten und der fünf Beisitzer;

2. Bestellung der künftigen Ausschüsse;

3. Bestimmung der Zahl der Mitglieder der Ausschüsse;

4. Beratung des Antrages Rabe und Fraktion auf Einsetzung von Beisitzern gegen Abgeordnete. (Zuruf der Komm.: Ist das alles? — Nochmal jurid. Herr General!)

Abg. Kasper (Komm.) (zur Geschäftsordnung) protestiert im Namen der Millionen Erwerbsloser gegen die vorgeschlagene Tagesordnung, die sich lediglich mit technischen Fragen des Landtags beschäftigen solle.

Da die Kommunisten auf einer Ausdrucks beharren, kündigt Abg. Klotz (KPD) Bied seiner Fraktion an. Als der Alterspräsident die Frage stellt, ob Widerspruch erhoben, stehen aber mit dem Abg. Klotz nur noch zwei Zentrumsgesandnete auf. Der Alterspräsident stellt fest, daß der Widerspruch nicht ausreicht und die kommunalistischen Anträge daher auf die Tagesordnung gesetzt seien.

Abg. Dr. von Winterfeldt beantragt: Der neugewählte Preussische Landtag möge dem bisherigen Kabinett Braun seine Meinung für die bisherige Geschäftsführung zum Ausdruck bringen. Der Landtag stellt fest: Die Amtsbefugnis durch den bisherigen Ministerpräsidenten und durch die bisherigen Minister, gleichgültig auf welcher formellen Rechtsgrundlage sie erfolgen sollte, entbehrt des Vertrauens des Landtags.

Von den Sozialdemokraten wird Widerspruch dagegen erhoben, daß der Antrag auf die Tagesordnung am Mittwoch gesetzt wird. — Die Sitzung wird um Mittwoch, 13 Uhr, vertagt.

Abfrage an die Nazis

Neue Niederlage in Hessen

Darmstadt, 24. Mai. (Eigenbericht.) In dem beständigen Hin- und Herbewegen wurde bei den von der SPD. aufgestellte Bürgermeisterei-Kandidat mit 703 Stimmen wieder gewählt. Bei der Wahlberechtigung wurden für Hünfeldberg 475 Stimmen abgegeben, während die Einbürgerungs-Parteien bei der Landtagswahl 1931 etwas 300 Stimmen erhalten hatten. Der Nazi-Kandidat erhielt 337 Stimmen gegen 664 bei der Reichspräsidentenwahl und 541 bei der Landtagswahl. Der Kommunist 134 gegen 174 bzw. 286 Stimmen.

Heran an die Futterkrippe!

Nationalsozialistische Parteibuchwirtschaft in Anhalt

Deffau, 24. Mai. (Eigenbericht.) Die neue nationalsozialistische bürgerliche Regierung in Anhalt hat ihre Wirtschaftspolitik bekannt gemacht. Sie ist auf die Futterkrippe in Anhalt für die nächsten Jahre zu machen. In der ersten Annahme, die heute veröffentlicht wird, stellt das Staatsministerium Freyberg-Anhalt mit, daß es den sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Paulke sowie den sozialdemokratischen Kreisdirektor Günther-Dernburg und den staatsparteilichen Kreisdirektor Heine-Prüfer bis auf weiteres beurlaubt habe. Mit dieser Maßnahme sollen die Staatsbeamten festgelegt werden, die von der sozialdemokratischen Regierung in ihre Heimat zurückgehen wollten. In ähnlicher Weise beabsichtigt man gegen den sozialdemokratischen Statthalter Siegel-Defau vorzugehen, der nach dem Willen der neuen Regierung sofort abgeben werden soll.

Anhalt ist also auf dem besten Wege, der nationalsozialistischen Parteibuchwirtschaft ausgeliefert zu werden.

Flucht aus der Nazi-Kirche

Braunschweig, 24. Mai. (Eigenbericht.) Im Lande Braunschweig, wo die politischen Parteien seit 1 1/2 Jahren regieren, ist die kirchenausschließliche Bewegung fortgesetzt im Wachen begriffen. Nach einer Mitteilung der braunschweigischen Regierung sind im Jahre 1930 insgesamt 2783 und im Jahre 1931 weitere 2984, insgesamt also 5767 Personen aus der Kirche ausgetreten. Ein erhebliches Defizit daran fällt den nationalsozialistischen Pastoren des Landes Braunschweig zu.

Nachhilfe für Lernanfänger

Hilfere ABC-Schützen im Parlament

Nach die getrige Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages begann mit technischer Nachhilfeunterstützung für die Nationalsozialisten. Sie wiesen wieder in der Geschäftsordnung nach sachlich Beiseite. Immer wieder werden sie von den Vertretern der verschiedenen Parteien auf den Weg ordnungsgemäßer Beratung zurückgeführt.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Rorath (D. Sp.) und des Abg. Bausch (Christl. Soc. Sp.) kam zur Abstimmung über die nationalsozialistischen, deutschnationalen und kommunistischen Anträge, die Aufhebung aller oder einzelner Rotenverbordnungen verlangten. Der „Rud der Wälden“ blieb bei allen Abstimmungen der gleiche. Die Nationalsozialisten, Deutschnationalen und die Kommunisten stimmten für Aufhebung sämtlicher Rotenverbordnungen seit dem Juni 1930, mit anderen Worten für die Befreiung der gefangenen deutschen Hauswirtschaft, wesentlicher Teil der Zollvergebung, der Beamtenvergebung und der Sozialvergebung.

Mit alle Anträge wurden mit 16 Stimmen der übrigen Parteien die Resolution gegen die 17 Stimmen der nationalsozialistischen Parteien abgelehnt.

Im weiteren Verlauf der Beratungen des Haushaltsausschusses wurde eine große Anzahl von Berichten des Ständigen Ausschusses des Abg. S. d. d. (Soc.) erörtert.

Dabei ergab sich eine eingehende Erörterung darüber, ob die Reichsregierung berechtigt ist, die durch Rotenverbordnungen auf die Reichswehr vorgeschriebene Selbstprüfung auf die Wehr auszuweichen, daß sie eine Jahrgutgabe zöge.

„Nicht Volk in Waffen, sondern Volk in Arbeit!“

Eiserne Front fordert Arbeit

Riesenkundgebung in Hamburg

Hamburg, 24. Mai. (Eigenbericht.) Mit elementarer Wucht sind in Hamburg die Arbeitermassen für die neue Aktion der Eisernen Front zur Arbeitsbeschaffung vorgeföhrt. Unter der Parole: „Nicht Volk in Waffen, sondern Volk in Arbeit!“ fand in den größten Versammlungsstätten Hamburgs eine Kundgebung der Eisernen Front vor die von mehr als 10.000 Mann besucht war. Unter den Teilnehmern war der Preussische Reichsminister besonders stark. Karl Hilfermann und Verbandsvorsitzender Scheffel riefen unter dreudenden Beifall aller Versammelten den Staat auf, sich jetzt endlich zu durchgreifenden Maßnahmen zu entschließen und seine ganze Kraft in den Dienst der Arbeitsbeschaffung zu stellen.

Hilfermann erinnerte daran, daß in Hamburg die erste Verammlung der Eisernen Front stattgefunden und dann die Bewegung sich mit elementarer Gewalt über das ganze Reich ausgebreitet habe. Von Hamburg geht heute abermals der Ruf in das Land, die gesamte Arbeit der Welt in den Dienst der Arbeit zu stellen. Die Eisernen Front ist nicht nur zur Arbeitsbeschaffung da. Mit ihrer ganzen Kraft müsse sie sich zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit stellen. Nicht: „Stillstehenden!“, sondern „Arbeit euch!“ laute ihr Kampfruf. Mit aller Energie müsse vor allem der Kampf um die deutsche Jugend aufgenommen werden, und dazu geböre, daß die Arbeitslosigkeit sich jetzt auch positiv zum freiwilligen Arbeitsdienst bekämpfe.

Neben der Beschäftigung insbesondere für die heranwachsende Jugend — führte Hilfermann weiter aus — müsse jetzt auch das Problem der Verlosung des Deutschen erwachen. Wenn es sei eine Million zu glauben, daß unter den gegebenen Wirtschaftsverhältnissen noch alle Erwerbslosen jemals wieder in Arbeit kommen würden. Die Eisernen Front erhebe an die Reichsregierung die Forderung, sich jetzt ihrer Pflicht gegenüber den leidenden Massen bewußt zu werden, und auch den Satz der Arbeitsbeschaffung, daß Eigenamt verpflichtet, zur Stellung zu bringen. Es gelte jetzt auch, die Arbeitsbeschaffungspflicht der Produktionsmittel durchzuführen. Die Ausführungen Hilfermanns fanden insbesondere bei den vorkommenden jungen Zuhörern stürmische Zustimmung.

Zwei Anträge

Ein Aufruf zum Landtagszusammentritt

Dem neuen Landtag liegen zwei Anträge vor, der eine von den Sozialdemokraten, der andere von den Nationalsozialisten. Der sozialdemokratische Antrag verlangt vom Landtag, das Staatsministerium zu eruchen:

im Sinne des Schreibens des preussischen Ministerpräsidenten an den Reichspräsidenten vom 30. April 1932 mit allen Nachdruck bei der Reichsregierung auch weiterhin dahin zu wirken, daß

1. die gesetzlich zulässige Arbeitszeit in allen Betrieben wesentlich herabgesetzt wird, so daß dadurch eine andere Verteilung der vorhandenen und noch zu schaffenden Arbeitsmöglichkeiten erreicht wird,
2. jede Gelegenheit zur Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten voll ausgenutzt wird,

3. eine Vereinfachung der Unterstufungen herbeigeführt wird durch Zusammenfassung der Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge nach völlig gleichen Grundfällen für die Bedürftigkeitsprüfung und Unterstufungssätze.

Und der nationalsozialistische Antrag? Beinhaltet er das brennende Problem der Notzeit? Hier ist er:

„Der Landtag wolle beschließen: Zur Prüfung der für die preussische Polizei innerhalb der letzten 13 Jahre gemachten persönlichen und materiellen Verbesserungen wird sofort ein Untersuchungsausschuß von 29 Mitgliedern eingesetzt; zur Prüfung der preussischen Beschäftigung unter Berücksichtigung der von Wirtschaftskreis des Justizministeriums beantragten sowie sofort ein Untersuchungsausschuß von 29 Mitgliedern eingesetzt.“

Die sachliche Politik, die von tiefer Sorge um die Not des Volkes getragen ist, und die unfruchtbar Setze zum Zweck des Selbstzwecks ihrer stehen sie einander gegenüber!

Besser kamme die Haltung und das Wesen beider Parteien beim Beginn der Landtagsverhandlungen nicht bezeichnet werden als mit diesen Anträgen!

Das Großenhainer Schreckensurteil

Scharfe sozialdemokratische Kritik im Sachsenlandtag

Deesden, 24. Mai. (Eigenbericht.)

Der Sächsische Landtag beschloß sich am Dienstag auf Grund eines sozialdemokratischen und eines kommunistischen Antrages mit dem Erdenurteil in Großenhain, wo vom Schnellgericht eine Anzahl Reichsbannerkämpfer, die einen Angriff von Nazis auf einen Reichsbannerzug abgewehrt hatten, zu schweren Zuchthausstrafen und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden waren.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Edel ließ am dem Verfahren und an dem Urteil scharfe Kritik. Der Landgerichtsdirektor Koch, der in dem Prozeß den Vorfall geführt habe, sei unter seinen Kollegen dafür bekannt, daß er die schwersten Strafen verhängte. Viele seiner Urteile seien deshalb von der höheren Instanz aufgehoben worden. Trotzdem sei er zum Vorpresiden des Schnellgerichts ernannt worden.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Neu wies darauf hin, daß im Falle Großenhain die Anwendung des Schnellverfahrens unzulässig gewesen wäre, weil 82 Zeugen hätten vernommen werden müssen und es dem Zeitverläufer gar nicht möglich gewesen wäre, sich durch Aktenkenntnis in der erforderlichen Weise auf die Verhandlung vorzubereiten. Die Angeklagten seien infolgedessen in der Verteidigung behindert gewesen. Dem Staatsanwalt machte Neu den Vorwurf, daß er Entlassungsgesuchen gar nicht vernommen habe. Außerdem rügte er, daß als Beisitzer ein junger Richter mitgewirkt habe, während zum Schnellgericht nur erfahrene Richter zugezogen werden sollten.

Der Justizminister Mansfeld bestrich sich auf die Erklärung, daß das Verfahren noch schneller. Er lehnte es deshalb ab, darüber und über das Urteil der ersten Instanz etwas zu sagen. Die Anträge wurden schließlich dem Rechtsausschuß überwiesen.

Justiz über Waltershausen

Gefängnis für hungerrnde Arbeiter

Cottbus, 24. Mai. (Eigenbericht.)

Das Große Schöffengericht in Cottbus verurteilte im Schnellverfahren acht Arbeiter, die an den Erwerbslosenmessen in Waltershausen teilgenommen hatten. Die Verurteilung erfolgte wegen schweren Auftrahes. Die Strafen liegen zwischen acht Monaten und zwei Wochen Gefängnis. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Ein Antrag des Staatsanwalts wurde die Haftbefehle gegen drei Verurteilte wegen Justizverstoß aufgehoben.

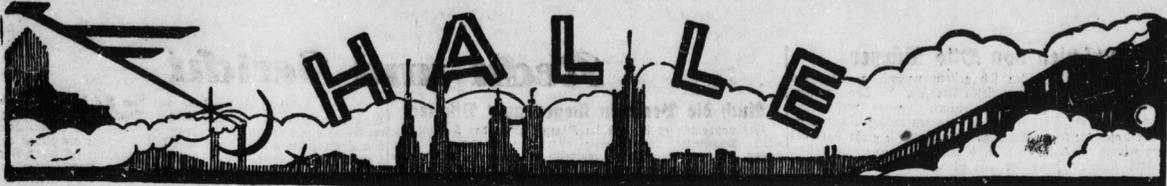
Die Lohnordnung des Ruhrbergbaus

Die Schlichtungsverhandlungen über Lohnordnung und Mantelarbeit des Ruhrbergbaus, die am Mittwoch stattfinden sollten, sind am Montag, dem 30. Mai, vertagt worden. Der Schlichter will zur Zeit in Berlin.

Urkundensfälschung und Darlehensbetrug

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte am Montag acht Angestellte des Arbeitsamtes Eild wegen schwerer Urkundensfälschung und Betrugs zu schweren Strafen. Der Hauptangeklagte Red erhielt ein Jahr zwei Monate Zuchthaus. Den übrigen Angeklagten wurden Gefängnisstrafen von vier bis sieben Monaten substituiert.

Die Angeklagten hatten, um sich Beamtenarbeiten zu verschaffen, auf den Antragsformularen nicht nur als Gehalt des Doppelt ihrer wirklichen Bezüge angegeben, sondern sich auch als Beamte ausgegeben, obwohl sie als Angestellte zur Annahme von Beamtenarbeiten nicht berechtigt waren.



Sommer ohne Benzingerant

Das wäre sehr schön gesagt: man solle ins Grüne wandern, suchen die gelagten Zedler. Aber sie hätten es am letzten Sonntag getan, und sie wären ganz verzweifelt. Ob man ins Grüne komme, müsse man lange Chaussees zwischen Eisdügel- und Wölkchenhäusern hindurch entlangwandern, auf diesen Chaussees aber laufe ein Auto nach dem anderen vorbei und die Luft sei voll Gestank.

Die Totenwägen sagen das, sie mache keinen Spaß mehr, am Fenster zu sitzen und zu sehen, vor alles vorbeikommt. Es können nur Autos vorbei, so schnell, daß man nur die Staubwolke hinterher richtig läßt, und der Gestank sei einfach. Da rümpfen die Städter über den Misthaufen die Nase und häufen selbst nach Benzin!

Das soll nun anders werden. Die chemische Industrie will allen Frühgänger und Fensterkriecher helfen. Sie arbeitet in ihren Laboratorien fieberhaft an der Herstellung von Benzingerant für Autos. Sie fabriziert Gasmaske nicht für die Wanderer, sondern dankenswerterweise für die Benzinfresser.

Vorläufig macht man Versuche mit Kanarienvögeln und mit weißen Mäusen. Sie gehen nicht drauf los, die lieben Tierchen, es wird ihnen nur noch schlecht vorläufig. Aber man hofft, daß es ihnen bald ganz gut gehen wird und sie fröhlich zwischen respektive schnurpern werden in der geruch- und gefachlosgeruchlosen Benzinluft.

Man punzte zuerst die Nöhse der Autos in große Behälter und macht von jedem Gas eine genaue Analyse damit man später weiß, wie viele Sorten Filter man braucht. Es ist sehr zum Bedauern, daß oft jeder keine Tankstelleninhaber erklärt, er habe sein eigenes Benzin. Es gibt viel zu viel Brennstoffe auf diese Weise und wir müssen lange warten, bis die Laboratorien mit ihren Versuchen fertig sind. Die Filter werden dann an die Auspuffrohre gedrückt. Und das Gas soll giftfrei entweichen.

Vorläufig ist es noch nicht ganz rein. Man leitet alles, was durch den Filter dringt, in einen Gasfäß, in dem Rauch und Kanarienvogel sitzen, und es wird ihnen noch schlecht.

Aber wir sind überzeugt, daß es werden wird. Wenn nicht diesen Sommer, dann nächsten. Vielleicht tun sich die Laboratorien für Automaten gleich mit Parfümeriefabriken zusammen, und in Zukunft bringt aus den Auspuffrohren dann Magnetenbusen statt Mercedes Standard. Wenn ein schnittiger Herrenfahrer über die Straße läuft, riecht es nach „Juden“. Und die Briefkastenmutter müssen bekanntmachen, welches Parfüm Hilan Horay bevorzugt, damit man es mehr, wenn sie vorbeifährt. Dann brauchen wir gar keine Natur mehr, dann büßen die Autos schoner als die Bäume. Und die Dörsler werden staunen!

So kämpfen die Kommunisten:

„Rote Einheitsfront“

Aber vor allem gegen Braun-Strasens.

An der Spitze des „Klassenkampf“ prangt gestern der bereits erwähnte ellenlange Aufruf des Zentralkomitees der kommunistischen Partei und der kommunistischen Fraktion des Preussischen Landtages, in dem zur „roten Einheitsfront“ gegen die Braunreaktion aufgerufen wird. In dem Aufruf, der sich fast wörtlich deckt mit dem von Wilhelm Strasen an gleicher Stelle veröffentlichten Artikel, wird betont, daß die Kommunisten alles tun werden, um eine Regierung in Preußen zu verhindern. Es wird aber zugleich gesagt, daß die SPD, mit aller Rücksichtlosigkeit ihren Kampf gegen die Braun-Strasens Regierung fortsetzen werde und die Kommunisten im Preussischen Landtag bei den Präsidialentscheidungen ihre eigenen Kandidaten aufstellen und für sie stimmen“ werde.

Diese Dominierung eigener Kandidaten bedeutet in der Praxis die Wahl eines nationalsozialistischen Landtagspräsidenten. Man sieht also, was von dem kommunistischen Erbe vom „Mittelranfassen“ der Nazis zu halten ist.

Auf den Dünker gekommen

Wie heute aus Berlin berichtet wird, hat die nationalsozialistische Fraktion im Preussischen Landtag beschlossen, den Vorsitzendenposten im Hauptsaal, auf den die Nationalsozialisten als härteste Fraktion Anspruch zu haben glauben, mit dem Abgeordneten Dünker zu besetzen.

Damit hat die nationalsozialistische Landtagsfraktion für das hohe Amt des Vorsitzenden des wichtigsten Ausschusses zweifellos die geeignete Persönlichkeit gefunden. Dünker, der seinerzeit wegen dünkler Affären auf allerhöchsten Befehl des „Opa“ seinen holländischen Gauleiterposten aufgeben mußte, stellte bekanntlich die Unberücksichtigung in Halle schon im Jahre 1926 ein Zeugnis aus, in dem es u. a. heißt:

Bei Dünker handelt es sich nicht allein um einen charakterlichen (sozialdemokratischen) Zustand mit überflüssigen Zuständen und Unruhe, sondern auch um eine nachweisbare Beeinträchtigung der geistigen Fertigkeit und Sammlung und des zum Verleite nötigen Gedächtnisses. Bei diesem Verhalten ist es ausgeschlossen, daß Dünker für den Bekämpfung wieder befähigt und - fähig werden kann.“

Wenn Herr Dünker schon für den Lehrerberuf nicht wieder befähigt werden kann, so reicht sein Geist doch nach der Meinung der Nazis auf jeden Fall für den Posten des Vorsitzenden im Hauptsaal des Preussischen Landtags.

Stund zur Zeit: Arbeitslosigkeit

Gestern Abend versuchte ein 22jähriger Gewerkschafter von der Engwerner-Brücke in die Saale zu springen. Er wurde von dem Bauingenieur Friedrich Berg zurückgehalten und dem Polizeiwächter zugeführt. Ränge Arbeitslosigkeit hatte den Bergsteigenden, der aus Althof stammt, getrieben.

Wie Halle seine Altstadt saniert

Aus dem Magistratsbericht über „Das Wohnungsweien der Stadt Halle im Jahre 1931“

Die neue Denkschrift des Magistrats, „Das Wohnungsweien der Stadt Halle im Jahre 1931“ (ohne Neubautätigkeit) kennzeichnet in ihrer beschreibenden Aufmachung die ganze traurige Lage des Wohnungsweiens im verflochtenen Jahre. Der unauffällige wirtschaftliche Niedergang des Jahres 1931 führte zu einer rückläufigen Bewegung im Wohnungsweien, deren Ausmaß bei anhaltender Krise nicht abzusehen ist. Ihre Kennzeichen sind: **Trag unerminderten Wohnungsmangels** **Verlehen teurer Wohnungen**, **steigender Druck auf den Mietwohnungsbau**, **Gemissionen zahlungsunfähiger Familien**, **Wüdang der Instandsetzungsmittel** sowie der **Darlehensaufnahme**. Als Folge dieser Erscheinungen: **Rechtsverlust**, **Abwinken der Erfolgs der Wohnungsreform**, **Vermehtes Wohnungsweien**, **erhöhte Gefährdung der Volksgesundheit**.

Angeht dieser Lage stehen die Schwierigkeiten im Wohnungsamtlicher Arbeit bei erheblich vermindertem Personal so, daß ein weiterer Ausbau der Arbeit, besonders auf dem Gebiet der Wohnungsaufsicht und -pflege, nicht möglich war. Gleichwohl bleibt ein solches Maß an Erfahrungen und Beobachtungen aus der wohnungsmittlichen Arbeit dieses Jahres, daß sie eine wertvolle Ergänzung der bisherigen Erkenntnisse und insoweit eine Vertiefung dieser sozialen Arbeit bedeutet.

Den größten Teil der Denkschrift nehmen die Ausführungen über die Wohnungsaufsicht als einer der ursprünglichen wohnungsmittlichen Arbeit ein. Von der Wohnungsaufsicht wurden insgesamt 495 Grundstücke mit 3996 Wohnungen befristet. Die planmäßigen Befristungen, ohne die eine fortlaufende Kenntnis von den Zuständen im Wohnungsweien und eine durch das preussische Wohnungsgesetz vorgeschriebene stielernhafte Arbeit unmöglich ist, wurden im Anschluß an die vorjährigen Arbeiten im inneren Stadtecken und auch in einigen Straßen der Außenbezirke fortgesetzt. Von den dabei festgestellten Mängeln, wie schadhafte Fassaden, Kanalarbeit, Wassermängel, Dach- und Innenwände sowie heutige Schäden in den Treppenhäusern und Wohnungen konnte ein großer Teil bis zum Ende des Berichtsjahres beseitigt werden. Der allgemeine gute Zustand der Wohngebiete ist in den einzelnen Stadtteilen unterschiedlich.

Die alten Fachwerkbauwerke der inneren Altstadt sind zum großen Teil so schadhafte, daß ihre Erhaltung durch Investierung öffentlicher Mittel vielfach nicht mehr wirtschaftlich sein würde. Demzufolge sind auch im Berichtsjahre wieder einige alte Häuser abgebrochen worden: Breite Straße 12 (D), Straßweg 3, Sauerberg 12 und Pulverturm 5 mit insgesamt 10 Wohnungen. Außerdem wurden 6 gesundheitsgefährliche Wohnungen zu Wohnzwecken gesperrt.

Von besonderer Bedeutung ist auf dem Gebiete der Wohnungsaufsicht die

Finanzierung von Hausinstandsetzungen mit öffentlichen Mitteln.

Die Zahl der Darlehensanträge liegt mit 238 um 30 unter der des Vorjahres. Der Rückgang ist hauptsächlich auf die bei der wirtschaftlichen Unstetigkeit und bei den heutigen Mietaufwällen nachfolgenden Bedenken gegen eine weitere Grundstücksbelastung

Wo hatte die Polizei ihre Augen?

Nazi-Kampf“ bestätigt den SA-Anmarsch.

„Wo hat die hollische Polizei nur ihre Augen gehabt?“ So lautet die Frage aus unangeneimen Zuschriften und Anfragen an die Redaktion des „Volksblattes“, in denen die republikanische Bevölkerung sich über die Taten empört, daß bei den Zuzug der Reichswehr durch Halle die „ehemalige“ SA in gestaffelter Formation und zum Teil uniformiert: trotz Demonstrationen und Uniformverbots vor der Reichswehr hermarshieren durfte. Wie uns aus Wettin mitgeteilt wird, hat sich dort daselbst abgepielt, ohne daß den „Gemeinden“ auch nur ein Haar gekrümmt worden wäre. Gemeinderäte sind außerdem, daß der Reichswehr-offizier in Gegenwart bekannter hallischer Rajabizone eine sehr bezeichnende Rede gehalten hat.

Unser geistigen Feststellungen werden im übrigen am besten durch das hollische Majorat selbst bestätigt. Mit unerschütterlicher Sicherheit ist der Polizei nicht zu befehlen, daß gleich nach der Ankunft der Reichswehrkompanie an Thieleplatz die angeführten SA-Männer spontan antreten, im Augenblick Bierereisen und Gruppen bilden und sich an die Spitze des Zuges setzen und marschieren.“

Der Marsch wird nicht anders und offen als eine „machtvolle Demonstration“ gekennzeichnet, wodurch der „demonstrative Charakter“, den nach der mehrwöchigen Rechtfertigung unersetzlich jeder Umzug haben muß, wenn er stafta sein soll, bemessen sein dürfte. Ueber die Mächtigkeit der Polizei macht sich das Blätchen außerdem noch lustig. „Um Schlaf noch wichtigem befestigt, daß an den Brandbergen, Schuppen und ehmalige

SPD, Dreierverein Halle

6. Dreierverein, Donnerstag, den 25. Mai, abends 8 Uhr, in Walkers Hotel, Hauptbahnhof, Straße. Mitglieder-Verteilung. Vollständiges Erscheinen wird erwartet.

Auktionsversteigerung, Montag, 30. Mai, 10 Uhr: Sitzung des Auktionsversteigerers der Arbeiterorganisationen im Generalkonferenzhaus. Bitte pünktlich und vollständig erscheinen. Der Obmann.

mit ihren fortlaufenden Rückzahlungspflichten zurückzuführen, so sehr das Wohnungsweien auch bemüht ist, Zuzugserleichterung zu gewähren. Es konnten im Laufe des Berichtsjahres 175 Wohngebäude mit 1492 Wohnungen befreit werden. Die Finanzierung von Hausinstandsetzungen erfolgt wie in den Vorjahren aus dem „Fonds zur Gewährung von Hausinstandsetzungen“, der aus einem Kommunalarbeiter der Stadtsparkasse, aus dem Restposten eines Kammereinkommens und aus den Wüder für Instandsetzungen zwecks abgezogenen Mitteln des gemeindlichen Hausinstandsetzungs-Fondens (5 Prozent des Neubausanteils) besteht.

Zugelassen sind seit 1924 fast 2½ Millionen Mark im hollischen Mietaufwand infolge der Wüder.

Mit diesem Ergebnis ist die Stadt Halle, wie auf Grund einer Rundfrage des Stadtrates ermittelt werden konnte, auf dem Gebiete der Mietaufwand im Verhältnis zu ihrer Größe führend. Ende 1931 schwanden bei der Darlehensaufnahme des Wohnungsamtes 616 Darlehensfälle. Die Darlehen betragen sich von 500 000 Mk. bis zum Ende des Berichtsjahres auf 15 000 000 Mk. Die Verwaltung der Sparkassen hat im Berichtsjahre unter zunehmender Schwierigkeiten. Die Beschäftigung der wirtschaftlichen Lage vieler Darlehensnehmer kam in jährlichen Anträgen (414) auf Grund der betragsmäßig fortgeführten Zinsen und Tilgungsraten zum Ausdruck. Im ganzen gesehen kann das wirtschaftliche Ergebnis der wohnungsmittlichen Arbeit auf dem Gebiete der Mietaufwandverteilung materiell wie finanziell als günstig befragt werden und berechtigt zu energischer Weiterarbeit auf der bisherigen Grundlinie.

Halle es angeht des Rückganges und gänzlichen Fortfalles der Hausinstandsetzungen indes nicht gelingen sollte, weshalb die bisher dem Instandsetzungs-Fonds zur Verfügung gestellten Hausinstandsetzungs-Mittel zu weiteren Verlehenungen zu erhalten, würde nach Rückzahlung der Sparkassen- und Kammereinkommen eine öffentliche Finanzierung der Mietaufwandverteilung nicht mehr möglich sein und damit eine Durchsührung planmäßiger Wohnungsaufsicht im Geiste des preussischen Wohnungsgesetzes wertvolle Hilfe anbleiben.

Sozialistische Beschlüsse zur Umstellung von Wohnzwecken

Der Magistrat stellt mit: Nach dem Erfolg des preussischen Mietaufwandes für Wohnzwecke vom 2. Juni d. J. vor ausgedehnt worden, daß es auf weiteres aus den aus dem Hausinstandsetzungs-Fondens stehenden öffentlichen Wohnungsmitteln Beträge aus wertlosen Aufwänden zur Unterstellung großer Mietaufwendungen verwendet werden konnten.

Im Rechnungsjahre 1932 ist der Gemeinderat am Hausinstandsetzungs-Fondens für den Wohnungsbau belohnlich mangelnd. Den Gemeinden stehen daher eigene Mittel für die Tilgung von Großwohnungen nicht mehr zur Verfügung. Der Magistrat war hierdurch wegen Bereitstellung von Beträgen zu Leistungswenden aus dem öffentlichen Wohnungsmitteln vorstellig geworden, doch teil der Minister daraufhin mit, daß sich zur Zeit noch nicht überlegen sollte, ob und in welchem Umfang im Rechnungsjahre 1932 Mittel für die gebrauchten Häuser zur Verfügung gestellt werden können.

Die Einreichung von Anträgen auf Gewährung von Beschlüssen zur Unterstellung großer Mietaufwendungen ist daher zur Zeit zu weglassen.

SA-Männer eine Forderung gemeinsamen Ordnungsdienstes verfahren

In einem kleinen hürmigen Rest wurde kürzlich ein sozialdemokratischer Bürgermeister gemargnet, weil er sich zur Verlehen eines Ueberfalls auf das Rathaus vorübergehend wieder Reichsbannerleuten als postleiliche Disziplinäre bediente. Wir sind gespannt, was mit den Polizeiführern geschieht, die gar Mietaufwendungen einer erbosten Organisation politischer Disziplinäre tun läßt. Wir sind weiter gespannt, was mit den dienstlichen Offizieren geschieht, die es unterlassen, den Befehl zur Auflösung des Zuges zu geben. Denn wir sind der Meinung, daß jeder Polizeioffizier auch bei härtester Beteiligung bei ähnlicher Gelegenheit einen Zug des Reichsbanners oder der Kommunisten unter allen Umständen aufgelöst hätte. Wie man dabei vorgibt, hat ja am deutlichen Wäterschauen gezeigt. Die Märsche, daß sich der Zug „spontan gelöst“ hätte, verfehlt nicht. Aus der ganzen Situation am Thieleplatz ist zu ersehen, daß die „Demonstration für den Arbeiterwillen“ in Vorbereitung war.

Wenn sich die Polizei weiterhin auf den Standpunkt stellen sollte, daß sie gegen denartige Massen mit Mächtigkeit auf die Folgen nicht unternehmen dürfte, dann kann ja die republikanisch geistige hollische Bevölkerung auch einmal die Probe aufs Exempel machen.

Einbestellung

Ein Wärmelied wurde gestern nachmittags von einer Frau die Seide eintrug und bis sechs Wochen alten Wärmelieds auf der Saale gesungen. Der Körper war in ein Tuch eingewickelt und mit einer Schürze umgeben. Das Medizinische Institut ist damit beschäftigt, die Todesursache festzustellen.

An den Ausschließlichkeit der Messe gehört zweifellos der „Wäterschauen“ die den der Deutsche Arbeiter- und Gewerkschaft im Interesse der Landwirtschaft seit einer Reihe von Jahren eingeführt hat. Bei allen Spar- und Ökonomie, sowie den Gewerkschaften und angegliederten Landesverbänden werden Reichsbannerleuten angeboten, die zugleich kostenfreie Einwohnungsstellen sind. Darüber hinaus bestehen in den Spar- und Arbeiterverbänden, die den gewinnbringenden Beitrag der Vorzüge des Reichsbannerleuten ausstellen.

Nazi-Standal in Rassel

Führende Nationalsozialisten wenden sich an eine sozialdemokratische Zeitung

Für die toten Zustände in der Partei der Römlinge und für jenes System der nationalsozialistischen Führung, alle Verfehlungen führender Mitglieder totschweigen, selbst dann, wenn es sich um die üblichen Vorgänge handelt, sind die Ereignisse in der Ortsgruppe Rassel (Gauleiter Landtagsabgeordneter Weirich) charakteristisch. Dort herrscht offene Empörung in der Hitlerpartei, weil die von den arbeitslosen SA-Leuten mißbrauchten Großböden sowie andere Gelder, darunter große Beträge von Industriellen und Geschäftleuten, spurlos verschwunden sind. Wegen Führer der Ortsgruppe wird gegen den Vorstand erhoben, daß sie diese Gelder in Auszahlung, Puffen und sonstigen Ausschüßungen des Dritten Reiches verbracht hätten. Einem unzufriedenen Nationalsozialisten, darunter führende Mitglieder der Hitlerpartei, haben in diesen Wochen mit der sozialdemokratischen Volksabstammung in Rassel verhandelt und sie gebeten, die Angelegenheit öffentlich ins Rollen zu bringen, da sonst auf keine Säuberungsinaktion innerhalb der Ortsgruppe mehr zu hoffen sei.

Wie weit die Dinge in Rassel gediehen sind, beweist schon die Tatsache, daß am Himmelfahrtstage eine Sonderkonferenz im Hotel „Friedenstempel“ stattfand, um über Mittel und Wege zur Beseitigung der Korruption zu beraten. An dieser Sonderberatung nahmen unter anderem die Rassel-er Ortsgruppe der NSDAP, u. a. Reichsleiter Dr. Frische, Dr. Reich, Major Steinhoff, teil, nachdem am Vortage eine Sitzung des NSDAP völlig ergebnislos verlaufen war. Diese Sonderberatung wurde aufgelöst, einer der Hauptangelegenheiten soll sogar mit offenem Messer in den Sitzungssaal eingebracht sein.

Eine beispiellose Selbstkammererei

herrscht in der Rassel-er Partei — und wahrscheinlich auch anderwärts. Jede Kontrolle hat gefehlt. Nur ein Beispiel: Bei Straftatunfällen — es ist schon lange her — war der nationalsozialistische Stadtratsmitglied Messerschmidt so schwer verwundet worden, daß er einige Tage später seinen Verletzungen erlag. Im Hinterland wurde der traurige Fall nach allen Regeln der Demagogie ausgeschlachtet, eine Section erhielt den Namen Messerschmidt's, zur Erinnerung an die einen würdigen Grabstein wurde aufgeführt. Obwohl bereits ein Fonds da war und obwohl weiter gesammelt wurde, lassen heute die Mitglieder der empörten Section Messerschmidt durch das sozialdemokratische „Volksblatt“ anfragen, wohin auch diese Gelder geraten seien.

Einen riesigen Kanabal für sich bilden die schändlichen Vorgänge bei der nationalsozialistischen Winterhilfe. Jene bedürftigen Bauern, die sich allen Erntes einbildeten und einreden ließen, daß nach einem Wahlsieg der Hitlerpartei die Steuerzahlungen aufhören würden, spendeten der Nationalsozialistischen in großen Mengen Kartoffeln, aber auch andere Lebensmittel. Wagonweise trafen die Kartoffeln, die nur für 20 Pfennige bestimmt waren und an die Lohlosen (Wahler) der Stadt abgegeben werden sollten, in Rassel ein.

Es ist erwiesen, daß beträchtliche Mengen dieser nur für Bedürftige bestimmten Spenden zum Preise von 80 Pf.,

1.25, 1.50, 1.75, 2.50 und 3 Mk. verkauft worden sind. Auch ein festbestelltes Beamte, die der nationalsozialistischen Partei angehören.

In einem Falle schloß ein NSDAP-Verfahren. Trotzdem die Verfehlungen schweigend wurden, erfolgte bei einem NSDAP-Schluss der Partei. Die Bauern haben die Kartoffeln gekauft, um den Armen, den Bedürftigen zu kostenlosen Winterkartoffeln zu versehen. Drei Zentner auf jeden Kopf der Familie. Aber die Bauern hatten nicht geglaubt, daß sich Leute in guter Lebensstellung, auch höhere Beamte und Hauswirte, gleich 10 oder 20 Zentner für billiges Geld einhandeln würden. Sogar an Händler und Gärtner sind diese nur für Hilfsbedürftige bestimmten Kartoffeln zum Preise von 2.50 und 2.70 Mk. verkauft worden. Ein allgemeines Kartoffelraten herrscht unter der nationalsozialistischen Mitgliedschaft auch darüber, wo die für Reichsleiter sind gehalten werden. Sogar, u. a. eine Stiftung von Solinger Stahlwaren, Parfums, Seifen u. a. geliebt sein könnten?

Auf die schon formulierten Anfragen und einseitigen Behauptungen des „Rassel-er Volksblattes“ bleibt die nationalsozialistische Führung die Erwiderung schuldig. Sie begnügt sich mit leeren Worten, geht im Kilometerbreiten und gibt mit jeder Behauptung der Befolgungen herum und gibt damit zu erkennen, daß die offene Empörung der Mitgliedschaft ihre volle Berechtigung hat. Nach wie vor sind jene, gegen die sich die schwersten Beschuldigungen richten, im Amt. Aber gerade dieses Treiben führte zur Bitterkeit und zur Abkehr der Mitglieder der Hitlerpartei, die Hilfe der sozialdemokratischen Presse in Anspruch zu nehmen.

Bremen gegen Kommunistenunfug

Das von der SPD beantragte Volksbegehren zwecks Auflösung des Parlamentes ist in einer katastrophalen Weise gescheitert. In der Sitzung des Reichstages am 22. Juni nahmen 600 Personen teil, wovon 52 000 Stimmen zur Durchbringung der Volksbegehren notwendig gewesen wären. Wenn man bedenkt, daß das Reichsamt Bremen mit 60 000 Arbeitssitze zur Zeit registriert, so bedeuten die 52 14 Eintragungen der schließlichen Beweis dafür, daß die Kommunisten mit ihren Ironieparolen nicht einmal die unter der Krise am schwersten leidenden Bevölkerungsteile einbrud machen. Besonders deutlich wird der Mißversagen der Kommunisten, wenn man daran erinnert, daß beim ersten Wahlsieg zur Reichspräsidentenwahl die SPD in Bremer Staatsbegehr 30 709 Stimmen erhielt. Man darf daraus den Schluss ziehen, daß der überwiegende Teil der Wähler, die aus Verwirrungstimmung bisher bei den Wahlen der SPD nachgelassen sind, sich gegen politische Verunmut bewahrt haben, daß sie nicht auf jede Feindparole hereinfallen.

Spalterführer fackeln nicht lange

Ein Teil der Mitglieder der SPD, hat unter Führung von Fritz Rüd und Will Schaber (Berlin) zum 1. Juni eine neue Parteizeitschrift „Die Generallinie“ erscheinen lassen, die in stramm kommunistischem Sinne

Kritik an der Seydewitz-Rosenfeld-Partei-Führung übte. Aber der Parteivorstand der SPD hat sich das Sonderorgan nicht solange gefallen lassen wie seinerzeit der Parteivorstand der SPD, die Sonderorgane der Seydewitz bis zur „Rade“. Wie die „Sozialistische Arbeiterzeitung“ mittel, sind Rüd und Schaber vom Parteivorstand der SPD, zu einer Aussprache geladen worden, deren Ergebnis war, daß sie das weitere Erscheinen der „Generallinie“ einstellen mußten.

Bei der gähnlichen Bedeutungslosigkeit des Spalterchens der SPD lohnt es sich natürlich nicht, daß wir uns überhaupt mit ihr befassen. Aber man kann der Verwirrung eben nicht widerstehen, am Beispiel Rosenfeld und Seydewitz zu zeigen, wie diese Verwirrungen jetzt als Vorhänge ihres Gruppens genau das tun, was sie dem Vorstand der großen proletarischen Klassenpartei der SPD, zum Vortrupp gemacht haben und was ihnen seinerzeit ausreichend schien, weitere Zersplitterung in das deutsche Proletariat zu tragen.

Die Arbeitsmarktlage in Mitteldeutschland

Nach dem Bericht des Bundesarbeitsamts Mitteldeutschland für die Zeit vom 1. bis 15. Mai nahm die jahreszeitlich bedingte Forderung des mitteldeutschen Arbeitsmarktes auch im ersten Monatsabschnitt des Mai, wenn auch in stark verlangsamt Tempo, ihren Fortgang. Die Zahl der Arbeitslosen fiel von 519 704 am 30. April um 6470 auf 513 234 Personen. Zur gleichen Zeit des Vorjahres standen dem mitteldeutschen Arbeitsmarkt 533 789 Personen zur Verfügung; die Ueberschreitung betrug somit 119 445 Personen = 23,3 Prozent.

Von den 513 234 Arbeitslosen erhielten 104 695 = 20,4 Prozent versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung und 143 313 = 27,9 Prozent Arbeitslosenunterstützung. Mit Reichsarbeitern wurden 2889 und beim freiwilligen Arbeitsdienst 3621 Personen beschäftigt. Außerdem bezogen noch 24 384 Personen aus Mitteln der Reichsanstalt Kurzarbeiterunterstützung.

Ergebnislose Staatspräsidentenwahl in Württemberg

Im Württembergischen Landtag wurde die Wahl des Staatspräsidenten vorgenommen. Sie hatte folgendes Ergebnis: Dr. Schmidt (Nat. So.), 22, Dr. Holz 20, Reil (So.), 14, Dr. Strobel (Bauern), 11, Köhler (Komm.), 7, Dr. Weglinger (Dn.) 4 und Dr. Weyerle (Z.) (siehe Körner (Bauern), je 1 Stimme. Präsident Weyerle hatte hierzu fast, daß keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht habe. Die Wahl sei also negativ verlaufen und ein neuer Staatspräsident nicht gewählt. Die Regierung, Dr. Holz bleibt als geächtet führende Regierung weiter im Amt.

„Betriebsanwaltschaft“ Winter aus der Haft entlassen. Der ehemalige Betriebsanwaltschaftsleiter und Betriebsanwaltschaftsleiter Winter, der in der Baugewerkschaft eine längere Gefängnisstrafe verbüßt, ist auf Grund eines Gnadenaktes mit Bewährungsfrist aus der Haft entlassen worden.

Laß nicht andere allein arbeiten!

Forsche selber nach, wer in Deinem Bekanntheitskreis nicht Leser des Parteiblattes ist. Jeder neue Leser kräftigt die Macht der SPD.

Furtwängler und die Berliner Philharmoniker

8. Philharmonisches Konzert.

Das letzte Konzert der holländischen „Philharmonie“ stand wiederum im Zeichen Wilhelm Furtwänglers und seines Berliner Philharmonischen Orchesters. Ein Jahresrückblick auf die im Herbstjahr 1931/32 gezeigten Werke zeigt eine durch das Saison-Jahre bedingte starke Beschränkung der instrumentalen Werke. Sogar an letzten Abend, an dem kein Gedicht vorgelesen war, wurde durch das Wegfallen einer Besonderen-Duettüre Platz geschaffen für die G-Dur-Sinfonie.

In übrigen zeigt die Programmgestaltung der Konzerte keine besondere musterüberragende Note. Ein Experimentieren wurde wiederum grundmäßig vermieden, von der wiederholt geforderten Vorbereitung des Publikums auf die moderne Musik war nicht viel zu bemerken; es sei denn, daß man die Aufführung einer Suite Paul Graeners und einer Komposition Vincenzo Tommains als solche gelten lassen wollte. Dem einzigen Ausflug in die Moderne, Stravinskis „Capriccio für Streicher und Orchester“, blieb, wie bei jeder Musik unvorhersehbar, der äußere Publikumserfolg verfehlt.

Das Kennzeichen des sich künstlerisch vorzüglich entwickelnden Orchesterleiters zu der Wertschätzung der Konzerte hat sich wohl und ganz bewährt.

Nach dieser vielschichtigsten Tat des Abends wollte Hector Berlioz' „Cavallerie-Rausch“ in „Mischer Karneval“ nicht ganz befriedigen. Das Raffinement, mit dem hier Berlioz eine dünne musikalische Idee durch blühende und ausgelegte Instrumentierung überdeckt, wird gerade nach der inhaltsärmeren Triphonie ernüchtert, so hervorgehoben die Duettüre aus dem Orchester gedruckt wurde.

Zu Beginn des ersten Programms gab Furtwängler die in letzter Minute eingeführte, feiner gestimmte Sinfonie Nr. 13 G-Dur von Joseph Haydn. Eine der bedeutendsten Sinfonien des Meisters, in deren Mittelstück ein wunderbares Largo beethovenisches Gepräge zeigt. Die frische Auslegung Furtwänglers, die einseitige Ruhe und Beruhigung des langsamen Satzes und die Kraft geistiger Tempel des Vienneseis und des Finals brachten der Sinfonie neuen Erfolg.

Die andere Programmpunkte füllte die 2. Sinfonie D-Dur von Johannes Brahms aus. Furtwängler zeigt beachtlich die Tiefe und dieser Musik in so persönlich innerem Verhältnis, daß die Interpretation dieser stimmungsmäßig losen, selbstbewußten der Brahms'schen Sinfonien, die nur im zweiten Satz, Bagio, hervorzuheben in schmerzlichen Gräueltaten verfiel, zu einem gewöhnlichen inneren Erlebnis wurde.

Das Publikum feierte denn auch Wilhelm Furtwängler und die Berliner Philharmoniker langanhaltend und stimmungsvoll.

Schicksalsgedichte von Goethe

In den nächsten Wochen soll bei Suhrkamp in London der Nachlass Carlines zur Verfertigung gelangen, der bisher von dem Neffen des Dichters in treuer Gut gehalten worden war. Die Aktion wird dem lebhaften Interesse wecker Kreise begegnen, denn es kommt eine große Menge Manuskripte, Briefe, Photographien und persönliche Anekdoten aus dem Geiste des berühmten englischen Schriftstellers zum Verkauf. Etwa fünf von allem Goethe-Erinnerungen betreffen, da ja Goethe mit Carlyle in freundschaftlichen Beziehungen gestanden hat. Als Carlyle im Jahre 1827 Jane Welsh betraute, überlebte ihn der Dichter als Weimar ein in 18 Jahre gebundene Gemütskurz leiter Werke, die 55 Einzeltitel enthält. Mit ihr zugleich kommen noch andere Schicksalsgedichte von Goethe zum Verkauf, unter ihnen, wie Carlyle seinerzeit schreibt, „das hübscheste eiserne Halsband mit einem kleinen Metallstück des Kopfes des Dichters in Gold für meine teure Gemahlin“ und die „entzückende Büchse, die man je gesehen“, in der Goethe sorgsam seine Schicksalsgedichte verpackt hatte.

Das tolle Rinderwidder. „Kommen Sie sich denn gegen Herrn Wehren, als er die Linsen wollte.“ — „Ich hatte glücklicherweise keinen Sohn auf dem Arm; mit dem habe ich auf ihn eingeschlagen.“

Großes Arbeiter-Chor-Orchesterkonzert im „Volkspark“

Die Leitung der Arbeitergemeinschaft der im nachstehenden genannten Chöre überließ:

Die verstärkte Juristerei der Massengemeinschaft bedingt für alle proletarischen Kulturorganisationen eine einschneidende Abkehr von den herkömmlichen traditionellen Formen. Die Kunst muß Stoff in Anspruch um die Lebensinteressen des Proletariats sein und muß, wenn sie in revolutionärem Sinne ist, den Arbeiterökonomie zum Ausdruck bringen. Diese Gedanken sind auch das Leitmotiv des großen Chor-Orchesterkonzertes, das am Sonntagabend, dem 28. Mai, 20 Uhr, im großen Saal des „Volksparks“ vom Arbeiter-Chor „Sängerchor Halle, Volkspark Halle“ Gemeinlicher Chor „Wilhelm-Röntgen-Halle“ des Arbeiter-Chor-Orchesters Halle mit über 400 Mitwirkenden unter der Leitung von Herbert Schüge veranstaltet wird.

Die Gemeinschaften Chöre bringen „Freie Erde“ von Viktor Korba (einen Julius russischer Chöre mit Solo, Umlaufchor, Sprecher) und Orchester) als Gedicht. Der zweite Teil sich dem „Männliche Cavaliere“ von Ljner und „Romantische“ von Oskar Becker vor. Dem folgen fünf ein-stimmige Kinder- und Jugendchöre von Lehmann und A. Arab (siehe drei Männerchöre mit Fagott) und von Hans Eisler. Ein einstuimmiger Männerchor „Wir bauen eine neue Welt“ von J. Borsmann, ebenfalls mit Fagottchor, gibt dem Programm einen würdigen Abschluss.

Diese ausgezeichnete Vortragsschule empfiehlt ganz besonders den Besuch dieses Konzertes. Programm sind bei allen Mitgliedsvereinen des Arbeiter-Chor-Orchesters Halle zu beziehen. Der Eintrittspreis ist nach der erforderten Klassen für Arbeiter auf 50 Pf. und für Erwachsene auf 40 Pf. festgesetzt.

Die in der Arbeitergemeinschaft vereinigte über 7000 Stimmen durch die vereintes Bemühen zum Ausdruck bringen, daß keine Kritik der kapitalistischen Wirtschaft zum Hindernis sein, unsere Volks- und Klassenorgane gute proletarische Kunst zu bieten. Das ist jedoch nur möglich, wenn, wie in diesen Halle, Vereinstätigkeiten unerschrocken und das große Ziel der Einheitsfront in allen Bereichen, Klubs usw., fest und klar erstrebt wird. Darum ergeht an alle Arbeiter und Angehörigen in den bürgerlichen Vereinen vor allem der Ruf: Setzen sie den Widerstandswillen und der ge. um Kampf für unsere proletarischen Interessen und zur Förderung der Kunst, zum Wohle und Nutzen der gesamten proletarischen Bewegung!

Wohlwünsche. Als nächstes Werk folgt die Operette „Wim Reithausen“ von Johann Strauß, und zwar am Donnerstag, 2. Juni, für A; ferner am Donnerstag, 3. Juni, für B und am Mittwoch, 1. Juni, für C und H. Die Uebersetzung hat begonnen. Preis für A: 11. Juni, für B bis 11. Juni; für C und H bis 4. Juni. Die Mitglieder werden gebeten, diese freien Plätze einzunehmen. Ausnahmungen in unserer Geschäftsstelle, Brüderstraße 14, Post 284 70.

Aus dem Reich der Technik

Sonne, Luft und Haus für Alle

Die Berliner Sommerschau 1932

Tausenderlei Gemalten bedrängen in unserer Zeit wirtschaftlicher Not das Individuum und sein Bedürfnis nach einem in körperlicher und seelischer Beziehung menschlichen und menschenwürdigen Dasein. Wirtschaftliche Ereignisse voll unglücklicher Wühlerei und eine in ihren Auswirkungen blinde technische Entwicklung führten zu einer Zusammendrängung der Bevölkerung in Industriezentren und Großstädten, zu einer ständigen Beringerung der Ausdehnung, zu einer ständigen Beringerung der Ausdehnung, zu einer ständigen Beringerung der Ausdehnung...

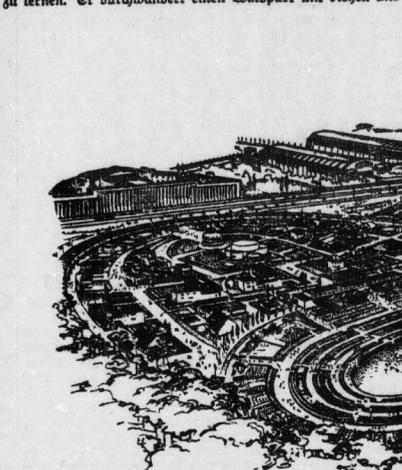
Die gemaltete Schau, die vom 14. Mai bis 7. August auf dem Berliner Ausstellungsgelände am Funturm stattfindet, gliedert sich in drei Hauptteile: „Das wachsende Haus“, „Der Kleingarten“ und „Das Wohnende“. Die erste Abteilung „Das wachsende Haus“ verkörpert in der Tat die Idee der modernen Wohnungsbauweise...

In engstem Zusammenhang mit diesen Bestrebungen steht auch die zweite Abteilung der Schau: „Der Kleingarten“. Kleingärten locken die Stadt auf, sie wirken mit an der Entwicklung weiterer, freierer menschlicher Siedlungen, sie bedeuten Naturverbundenheit, Sonne und Luft...

Den dritten bedeutenden Teil der Schau bildet das „Wohnende“. Zu Beginn steht die Frage nach dem „Warum“. Hier wird gezeigt, warum wir müde werden und müde sind, wie sich die alte geborgene Einrichtung des Hauses im Wandel der Zeiten erweist...

Um den dreiteiligen Kern der Schau gruppieren sich die verschiedensten, mit dem Hauptthema zusammenhängenden Zweiggebiete. Da finden wir beispielsweise als Ergänzungsthema zum Thema Wohnende eine Abteilung, die sich mit der entspannenden Befähigung Jugendlicher in ihrer Freizeit beschäftigt...

passung an die Bauhaft. In einer Halle wird dargelegt, wie man sich solche Häuser errichtet, wie man sie einrichtet, wie man den Garten gestaltet u. dgl. mehr. Eine Gruppe „Wohnende und Frau“ zeigt, wie die Frau, bisher durch vermehrte Arbeit die Hauptstütze des Wohnhauses, durch praktische Einrichtungen zu einer angenehmen Gestalt ihrer Hausarbeit gelangen kann...



Gesamtansicht der Berliner Sommerschau „Sonne, Luft und Haus für Alle“ Das Gesamtgelände umfaßt acht Ausstellungshallen mit etwa 60.000 qm gedeckter Fläche und ein Ausstellungs-Freigelände mit etwa 110.000 qm. Im Vordergrund der hauptsächlich von dem Ausstellern geschaffene große Terrassengarten, durch den das Ausstellungsgelände starke landschaftliche Reize erhalten hat.

Mehr Licht?

Die elektrische Glühlampe hat die Beleuchtungstechnik auf einen sehr hohen Stand gebracht. Sie hat über alle anderen Lichtquellen eine unbestrittene Vormachtstellung erlangt und ihr Anwendungsgebiet beständig immer weiter ausgedehnt...

Nach anderer Richtung ist jedoch auf diesem Gebiet auch heute noch mancher Wunsch unerfüllt. Denn vom Standpunkt der Energieerzeugung ist selbst die hochentwickelte Glühlampe ein recht unvollkommenes Gerät...

Um diesen zu erfüllen, hat man seit langem schon die Anwendung anderer Lichtquellen in Betracht gezogen. Vor allem hat man sich der Lichterzeugung durch elektrische Entladungen in verdünnten Gasen zugewandt, wie sie in der Gasleuchtöhre seit mehr als 80 Jahren bekannt sind...

flüchten. In einem besonderen Haus, dem Haus der Tierfreunde, findet er eine Schutzhütte und Terrarien. Ein anderes Haus beherbergt allerlei Vogelkäfige. In praktischen Vorführungen werden die Garten- und Wohnungspläne und ihre Befähigung gezeigt...

Alles in allem: eine fast unübersehbare Fülle der Einbrüche, ein so erschöpfendes Bild des Wohnens, wie es bisher kaum jemals zu sehen war.

Wasserleitung mit Seilrohren

Seilrohre sind Leitrohre, auf die zwei Schichten getränkte Lute und eine Lage z-förmige Stahlrohre gemittelt sind. Sie zeichnen sich durch große Biegeelastizität aus und lassen sich in beliebiger Länge herstellen...

Eine bemerkenswerte Anlage dieser Art ist die von Fellenz u. Gullaccone, Carlsberg, verlegte Trinkwasserleitung von Helsingfors nach der Insel Svanöar. Diese Leitung durchquert drei Meeressarme von 125, 565 und 680 m Breite und wurde bei dem gewöhnlichen Rohrdruck mit Rücksicht auf die Biegeelastizität der Seilrohre in Längen von je 220 m hergestellt...

Gebälge mit propellerartigen Flügelrädern für Kesselfeuerungen

Beim Umbau ihres Kessels in Hawthorne hat die Western Electric Co., Chicago, auch zwölf Keil mit natürlichem Zug durch neue mit Rettenrot- und Unterrandfeuererung. Für längere Zuluftleitungen kein Blei war und gitterartige Veränderungen vermeiden werden sollten, wurde jedem Keil ein Gebälge zugeordnet...

Man machte daher einen Versuch mit zwei Gebälgen, deren Baukörper mit waagerechter Welle aus mehreren hintereinander gehaltenen zweiflügeligen Luftschrauben aus Aluminium bestehen. Die einströmende Luft des Hochdruckventilators ausgedehnten Gebälges dieser Gebälge hat 1,00 m Durchmesser und 1,42 m Länge. Bei einem Gebälge wurde der Antriebsmotor auf einer besonderen Stelle aufgestellt, bei der zweiten Bauart, die auch für die übrigen Gebälge gewählt wurde, ist er im Gebälge zwischen je vier Flügelrädern angeordnet...

Merseburg

(Schlesische Zeitung Nr. 1928.)

Ein frommer Wunsch des M. L.

Der SPD-Pagistismus muß mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden.

Wir konnten uns denken, daß unsere Ausführungen über den Regimentsumlauf am Sonntag so den Kern der Sache trafen, daß sie der Pelegrinengruppe des „Merseburger Tagesblattes“ nicht unbeanmerkt übergehen lassen konnte. Er vertrat das in einer soeben erschienenen Retortenschilke, daß man von sozial Weltanschauung einfach erlösen ist.

Genau ist es richtig, daß auch die sozialdemokratische Arbeiterschaft, diese „vaterlandsliebende Gesellschaft“, ohne Rücksicht auf das herrschende Regierungssystem ihre Heimat verteidigen. Ganz im Gegensatz zu den nationalen Nazis, die erst das System beseitigen müssen wollen, ehe sie die Grenzen verteidigen wollen. Schließlich aber ist „national“ und „nationalistisch“ ein großer Unterschied.

Der „Rechtswort-Bolschewist“ ist nicht stolz auf den Besitz der Merseburger Schloßes, das belänlich dem Staat gehört. Wir erkennen dies auch nur, um die läppische Ehrerbietung des „M. L.“ bloßzustellen. Wir verlassen aber den Strohhaufen des ehrenwerten Nazis: „Der Wehrgehalt wird erst dann im deutschen Vaterland wieder hergestellt sein, wenn vorher die rote Herrschaft endgültig ausgerottet, wenn der SPD-Pagistismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet wurde.“ — Nun, bis dahin wird das „M. L.“ schon längst das Zeitalter gekämpft haben.

Neuer Schulrat. Für den in den Ruhestand tretenden Schulrat Hof ist die verordnete, der Schulrat Max Kretschmar aus Herzberg (Ulster) zum Schulrat des Schulamtsbezirks Merseburg und Schulamtsrat ernannt worden. Schulrat Kretschmar wird sein Amt am 1. Juli antreten.

Sänglingsvereine und Müttervereine

Sänglingsvereine und Müttervereine finden im Mai und Juni 1932 statt.

- Bad Nauheim:** 2. Juni, 15 Uhr, in der Allee. Ort: Nauheim.
- Bonn:** 20. Juni, 1932 Uhr, im Schloss Krenscheldt.
- Bonn:** 1. Juni, 15 Uhr, in der Schule Voritz; 17. Juni, 10 1/2 Uhr, in der Schule Voritz.
- Frankfurt:** 20. Juni, 15 Uhr, im Amtszimmer.
- Frankfurt:** 10. Juni, 15 Uhr, in der Schule.
- Frankfurt:** 27. Juni, 15 Uhr, in der Rindfleischstraße.
- Frankfurt:** 13. Juni, 15 Uhr, in der Schule. Termin: 17. Juni, 15 Uhr, im Gasthof Schöcherl für die Ortsliste Dölpig, Grünlich und Gohlfisch; 16 Uhr, in der Volkshochschule Leuna für die Ortsliste Leuna, Höfen und Gohlfisch; 14. Juni, 15 Uhr, im Schloß Niederbühl.
- Frankfurt:** 13. Juni, 1932 Uhr, im Jugendheim.
- Frankfurt:** 20. Juni, 15 Uhr, in der neuen Schule.
- Frankfurt:** 27. Juni, 15 Uhr, in der Schule.
- Frankfurt:** 8. Juni, 15 1/2 Uhr, im Rathaus.
- Frankfurt:** 8. Juni, 14 Uhr, in der Schule.
- Frankfurt:** 8. Juni, 14 Uhr, in der Schule.
- Frankfurt:** 15. Juni, 15 Uhr, in der Schule.
- Frankfurt:** 16. Juni, 15 Uhr, in der Schule.
- Frankfurt:** 21. Juni, 16 Uhr, in der Schule.
- Frankfurt:** 23. Juni, 14 1/2 Uhr, in der Schule.
- Frankfurt:** 16. Juni, 15 1/2 Uhr, in der Schule.
- Frankfurt:** 20. Juni, 1932 Uhr, in der Schule.
- Frankfurt:** 27. Juni, 14 Uhr, in der Schule.
- Frankfurt:** 27. Juni, 14 Uhr, im Gasthof Cad.

Kreis Querfurt

Schmale Gemeinheiten

Querfurt. In der Nacht vom Sonntag auf den Montag sind von mehreren auf dem großen Friedhofe lebenden Friedhöfen in großen Mengen gestohlen. Die Ortspolizeibehörde hat eine Besoldung von 30 M. für die Raubjagd der Täter ausgesetzt.

Obhausen. Auf- und Brennholz-Versteigerung. Die Oberförsterei Högelsdorf verleiht am Donnerstag, dem 26. Mai, ab 9 Uhr, im Gasthaus Dammhölz Auf- und Brennholz aus dem Einschlag 1932. Brennholz wird aus den Ditriffen 6, 10, 24, 25, 29, 30, 31, 44 bis 47, 49, 66, 89, 127, 128, 130, 131, 137 und 144 versteigert, und zwar Klasse: 629 Raummeter Scheit, 260 Raummeter Knorzholz und 275 Raummeter Knüppel. Holz- und Weidung: 51 Raummeter Scheit und Knorzholz, 31: 62 Raummeter Scheit, 123: 123 Raummeter Scheit und 17 Raummeter Knüppel. — Der Brennholzverkauf findet nicht vor 10 Uhr statt. Knüppel unter 50 M. sind im Termin bar zu zahlen. Das am Tage der Versteigerung gefasste Holz darf erst am darauffolgenden Tage abgeholt werden. — Vor der Holzversteigerung wird die am Güte der Dammhölz-Versteigerung in einer Größe von 0,255 Hektar gelegene Wiese auf ein Jahr verpachtet werden. Besichtigung im Termin.

Schimpfen nutzt nichts!

Wenn Du auf der einen Seite über die miserablen Lebensverhältnisse schimpfst, wenn Du aber dann doch bürgerliche Zeitungen unterstützt — wo bleibt da die Konsequenz? Es gibt nur eine Zeitung, die sich der Not der arbeitenden Bevölkerung annimmt: das „Volkblatt“.

Saalkreis

Was die erwerbslosen Jugendlichen im Saalkreis lernen

Dölnitz, den 24. Mai.

In dem kürzlich gehaltenen Jugendheim des Saalkreises in Dölnitz herrschte in den letzten drei Wochen der Betrieb 64 junge Erwerbslose, vor allem Sportler, beteiligten sich an einem Lehrgang des Saalkreises für Arbeiterkörper und Körperpflege.

Die technischen Leiter dieser Arbeiterkörperlehre im Saalkreis bemühen sich mit gutem Erfolg, den zum Teil schon mehrere Jahre von der Erwerbslosigkeit betroffenen Teilnehmern alles das zu zeigen, was der organisierte Arbeiterpartei an Möglichkeiten bietet, um der Volksgemeinschaft zu dienen. Für die Sportlichkeit und die Leistungsfähigkeit der Arbeiter-Leute, die in der Dölnitz, die Funktionäre aus allen Teilen Deutschlands für die nötigen Aufgaben ausbildet, brachte der Lehrgang einen guten Beweis.

Der Sportplan

Der Sportplan war abwechslungsreich; körperliche und geistige Betätigung liegen den Willen nach Neuen immer wieder erkennen. Geübt wurden in hundert Reihenfolge: einfache Übungen und Laufübungen, Gymnastik, Gekochturnen, Bewegungs- und heitere Spiele, Kastenpiele aller Art, Schachpartien usw. Die modernen Turnhallen in Ammenort, ein Turnplatz in Dölnitz und der Sportplatz des SVJ boten neben den besonderen Einrichtungen der örtlichen Vereine Lehrmöglichkeiten in großer Fülle. Im Volkssaal Ammenort und in freier Stunden in der Ullrich bei Dölnitz hat man wohl selten so ein herrliches Spiel gesehen. Bräunen und Wädel fanden sich schnell zur verlässlichen Gemeinschaft zusammen. Erlebnisse bei Unfällen aller Art wurde an Hand von reichlichem Bildmaterial erläutert und dann auch praktisch geübt. Sportunfälle und Sportmalloge fanden Aufmerksamkeit, ein Beweis, daß die Tätigkeit der Arbeiter-Sportler noch weit ausgedehnt werden kann. Einige Stunden und jede auch noch so kleine Pause galten dem Sportplatz. In Form von

Arbeitsgemeinschaften

gab es z. B. Auffrischung allgemeinen Wissens, aber auch sehr viel Neues. Aufbau der Sportvereine, Weimarer Versuchung, moderne Werbeveranstaltungen, Sozialpolitik, Jugend und Staat, das richtige Handeln u. a. m. waren Stoff zu reichlichem Gedankenaustausch. Der Wert des beschränkten Wissens dürfte deutlich werden, doch haben neben in der Bundeshochschule Leipzig ausgebildeten Teilnehmern sich früher der Gewerkschaften, leitende Kommunalbeamte und auch der Regierungspräsident als Referenten zur Verfügung gestellt.

Für das lebendige Wort sorgte die Gemeindefeld Dölnitz. Das Mittagsessen wird dort nahrhaft und beförmlich hergestellt. Die Größe der Einzelportionen richtet sich allerdings bei der Jugend nach besonderen Wägen. Seit ist jeder geworden, dafür war nach der ersten Probe gezeigt. Milch und Brötchen gab es außerdem für sonstige Betätigung. Die Wägen wurden aus entfernten Orten des Saalkreises hatten Gelegenheit, in Schlafzimmern und Küche den Freunden des Jugendberufsweises zu nützen.

Eine Angelegenheit

Der Protokoll- und Mitteilungsleiter G. Schuberl, Halle, zeigte die moderne Entwicklung der Waagenindustrie. Für Veranschaulichung der reichlichen Stoffproben sorgte anschließend eine Wanderung nach Dölnitz. Aus der Freude anlässlich einer Besichtigung des Dölnitzer Saalkreises soll in Zukunft, das nach mehr weit als bisher viele und andere Ausbildungsstätten den Erwerbslosen geöffnet werden müssen.

Mansfelder Kreise

Zwei Millionen Defizit

Das Geschäftsergebnis der Mansfeld AG. im Jahre 1931.

Das Aufsichtsratsgutachten der Mansfeld AG. für Bergbau und Hüttenbetrieb am Dienstag wurde, wie M. D. Sandelshaus berichtet, der Wichtigkeit für das Geschäftsjahr 1931 vorgelegt. Der Bergbau- und Hüttenbetrieb schließt nach Bereinigung von 6.605.670 M. Reichs- und Staatszuschüssen mit einem Verlust von 4.621.820 M. ab. Die übrigen Betriebe ergaben einen Gewinn von 101.474 M. Die nichtbetriebliche Vermögensverwaltung weist, und zwar in der Hauptsache infolge außerordentlicher Erträge durch Substanzveräußerungen, namentlich von Grundbesitz, einen Ueberschuß von 2.444.965 M. an. In diesen Ergebnissen sind Abschreibungen, und zwar in Höhe von 3.455.688 (4.210.956) M. berücksichtigt, darunter 1.805.000 M. für den Kupferbergbau und Hüttenbetrieb in Höhe der von den Fiskus gewährten Investitionszuschüsse. Es verbleibt mithin ein Verlust von 2.074.850 (2.171.745) M., der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll.

Kreis Dessau

Defizit (Stadt)

Die Finanzfolgen der Kreisverwaltung

Am Dienstag hatte der Landrat Bretterler der Presse zu einer Besprechung über den am 28. Mai stattfindenden Kreisrat zusammenberufen. Den größten Teil dieser Besprechung füllten die Darlegungen über den Haushaltsplan und die finanzielle Lage des Kreises aus. Wir haben darüber schon eingehend berichtet. Ergänzend sei noch bemerkt, daß das am Etatjahr 1931 ein ungedecktes Defizit von 150.000 M. verbleibt. Dagegen werden durch den Betrag, auf den die Städte des Kreises und einige Landgemeinden im Jahre 1930 und 1931 Anspruch haben, weil sie Kreisabgaben überzahlt haben. Zur Bereinigung kann dieser Betrag — es handelt sich um rund 190.000 M. — zunächst nicht gelangen. Das Defizit des Vorjahres wäre noch größer, wenn es nicht gelangt wäre, an Reichszuschüssen 312.000 M. und an Staatszuschüssen 262.000 M. zu erhalten. Der Landrat brachte sein Bedauern darüber zum Ausdruck, daß

In der Schlußbesprechung kam zum Ausdruck: Die erwerbslosen Jugendlichen sind die wichtigste Aufgabe des Staates. Die erwerbslosen Jugendlichen sind die wichtigste Aufgabe des Staates. Die erwerbslosen Jugendlichen sind die wichtigste Aufgabe des Staates.

Wir wollen auch im Saalkreis die Schäden der Weltkrise beseitigen helfen.

Die verwandten Schweine

Die Tragödie einer geschickten Wirtschaftspolitik. Anfang Mai berichteten wir über einen Prozeß gegen den Badermeister Wagner aus Bettin, der angeklagt war, verschiedene Gegenstände aus der Konsumkasse beiseitegeschafft zu haben. Wagner war damals festgenommen worden. Aber die Firma H. G. Bölsig (Salzminne), die durch ein von ihr verkauftes Grundstück, das sie aus der Badermeisters Konsumkasse erlangt hatte, den netten Profit von rund 10.000 M. eingefahren hatte, ließ Wagner nicht nach ihren Fängen, sondern betrieb dessen Befreiung nach wegen eines anderen Mannes. Wagner sollte nämlich drei Schweine, die bei ihm auf Antrag der Firma Bölsig wegen einer Schuld von rund 700 M. gepfändet worden waren, geschlachtet und an deren Stelle drei andere mit viel geringerer Schuld freigegeben werden. Aber die Firma Bölsig war nicht gewillt, die drei Schweine freigegeben zu lassen, sondern verlangte die Befreiung der drei Schweine, die bei ihm auf Antrag der Firma Bölsig wegen einer Schuld von rund 700 M. gepfändet worden waren, geschlachtet und an deren Stelle drei andere mit viel geringerer Schuld freigegeben werden. Aber die Firma Bölsig war nicht gewillt, die drei Schweine freigegeben zu lassen, sondern verlangte die Befreiung der drei Schweine, die bei ihm auf Antrag der Firma Bölsig wegen einer Schuld von rund 700 M. gepfändet worden waren, geschlachtet und an deren Stelle drei andere mit viel geringerer Schuld freigegeben werden.

Das Geschäftsergebnis der Mansfeld AG. im Jahre 1931. Das Aufsichtsratsgutachten der Mansfeld AG. für Bergbau und Hüttenbetrieb am Dienstag wurde, wie M. D. Sandelshaus berichtet, der Wichtigkeit für das Geschäftsjahr 1931 vorgelegt. Der Bergbau- und Hüttenbetrieb schließt nach Bereinigung von 6.605.670 M. Reichs- und Staatszuschüssen mit einem Verlust von 4.621.820 M. ab. Die übrigen Betriebe ergaben einen Gewinn von 101.474 M. Die nichtbetriebliche Vermögensverwaltung weist, und zwar in der Hauptsache infolge außerordentlicher Erträge durch Substanzveräußerungen, namentlich von Grundbesitz, einen Ueberschuß von 2.444.965 M. an. In diesen Ergebnissen sind Abschreibungen, und zwar in Höhe von 3.455.688 (4.210.956) M. berücksichtigt, darunter 1.805.000 M. für den Kupferbergbau und Hüttenbetrieb in Höhe der von den Fiskus gewährten Investitionszuschüsse. Es verbleibt mithin ein Verlust von 2.074.850 (2.171.745) M., der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll.

es nicht möglich ist, für Arbeit in größerem Umfang zu sorgen. Die Arbeitsbeschaffung aus der Heimindustrie wird nicht viel bedeuten, da die dafür zur Verfügung gestellten Mittel nicht erheblich sind. Es ist mit etwa 100.000 M. für Wägen zu rechnen, während in normalen Zeiten im Kreise für diese Arbeiten jährlich zwischen 1,5 und 2 Millionen aufgebracht wurden. Ähnlich verhalte es sich mit den Motorwagen. Bedauerlicherweise seien die Verhandlungen über die große Mielefeldanlage (Wägen der Stadt Leipzig im Südosten des Kreises), über die wir früher berichtet, noch immer in der Schwebe. Der Ausgang sei noch ganz unbestimmt, da Leipzig noch einige andere Projekte in Bearbeitung hat. Wären die Verhandlungen zum Abschluß gebracht, könnten für die Bearbeiten annähernd 2500 Zugwerke noch in diesem Jahre geliefert werden.

Fachbesichtigung

Am Montag fand die alljährlich übliche Besichtigung des hiesigen Fortes durch die hiesigen Körperkassen statt. Sämtliche Teile der Festung wurden besichtigt, die Kulturen und Anlagen in Augenschein genommen. Nach Besichtigung des Rundgangs fand eine jugendliche Besprechung über die Eintritte statt. Der Fortbesichtigung wurde empfohlen, sich um die Verbesserung des Fortes von der Stadt nach dem Fort zu bemühen, nach Möglichkeit für die Auffüllung von Ausgeglichenheiten zu sorgen und am Fortausbau ein Weckplan anzubringen. Von allen Seiten wurde mit Bedauern festgestellt, daß es noch viele Punkte des Fortes gibt, die nicht erhalten, weil wenige, noch die Stadt an Erholungsstätten best, möglich zu behandeln. Es sollte Aufgabe aller Kreise der Einwohner sein, zu ihrem Teil mitzuhelfen, das zerfallene Fort wieder zu dem entsprechenden Zustand zurückzuführen.

Geleglich gekündigter Marienlust

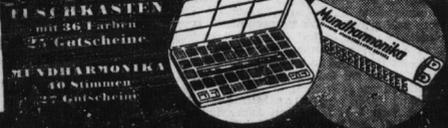
Der Habsfelder „Vorposten“-Redakteur wegen Beschäftigungsmangel.

Die Kommunisten haben seitliche Vorstellungen von der Meinungs- und Pressefreiheit. Wenn ihnen das Beschäftigung, Verordnungen und Beschäftigungen beschieden und sie diesbezüglich befreit werden, erklären sie mit Bedauern: So wird in der deutschen Republik die Pressefreiheit unterdrückt! Diese demagogischen Satz man auch vor dem Schöffengericht in Halle aus dem Munde des Verfassers der kommunistischen Zeitung, „Der Vorposten“, in Halle, dem arbeitslosen Zimmerer Kurt Kerschbader, hören. Er war angeklagt worden, weil er seine betriebsfremden Pamphlete bereits vorher ausgeteilt hätte, ehe sie der Polizeibehörde vorgelegt. Außerdem hatte er sich wegen Beschäftigungsmangel

Sammeln Sie die Gutscheine von:

SUNLICHT SEIFE
Doppelstück 27 Pf. Würfel..... 23 Pf.
VIM Die Putzfrau in der Dose
Doppeldose 35 Pf. Normaldose 20 Pf.

LUX SEIFENFLOCKEN
Doppelpaket 45 Pf. Normalpaket 27 Pf.
SUMA Das moderne Waschmittel
Originalpaket..... 36 Pf.



Atlantis die neue Toilette Seife zu 25 Pf. SUNLICHT GESELLSCHAFT A.B. MANNHEIM-BERLIN

Der „eingeschüchterte“ Senat

Danziger Strafantrag

Danzig, 24. Mal. (Eigenbericht.) Während die Frage noch offen ist, ob die Regierung der Freien Stadt Danzig die von maßgebenden Seiten auf Aufhebung des räumlichen Verbots der „Danziger Volkstimme“ gestellten Anträge erfüllen wird, hat sie jetzt das bereits angelegte Strafverfahren gegen den verantwortlichen Redakteur Weber eingestellt. Man hat zwar nicht, wie ursprünglich vorgeschien, die Anträge wegen Landesverrats erhoben, sondern sich hierfür ein weit tollereres Stück geliefert. Zur Grundlage der Strafverfolgung ist der § 105 des Strafgesetzbuches genommen worden, wonach jemand, der

„es unternimmt, den Senat oder die Bürgererschaft einer der Freien Hansestädte, eine gesetzgebende oder Verwaltende des Reiches oder eines Bundesstaates auseinanderzulösen, zur Auflösung oder Unterbrechung von Verfassungen zu nötigen oder Mitglieder aus ihnen gewaltsam zu entfernen“

mit Zuchthaus nicht unter 5 Jahren, bei milderen Umständen mit Festung nicht unter einem Jahr bestraft wird.

Der Tatbestand dafür wird darin erblickt, daß Verfassungsklagen in der „Danziger Volkstimme“ den Senat der Freien Stadt

Danzig zur Auflösung von Verfassungen durch Gewalt oder Drohung genötigt haben sollen. Als eine solche Nötigung wird angesehen, daß der in diesen Stellen enthaltene Hinweis auf die Tagung des Völkerverbundes unter dem Senat und anderer Behörden der Freien Stadt einen geschwändigen Druck bewirkt habe, da die Verfassungsklagen der „Volkstimme“ das Ziel gehabt hätten, den Senat „einzuschüchtern“ und ihn durch die Drohung mit einem von der „Volkstimme“ als gegeben bezeichneten Eingreifen der Völkerverbände zur Auflösung der St.-Verbände zu zwingen!

In der gegenwärtigen Fassung dürfte ein Vorgang wie dieser Strafantrag gegen einen Redakteur einzig dastehen. Wohl in keinem anderen Staate wird man eine politische Forderung einer Festung als Nötigung gegenüber einer Regierung ansehen. Das Vorgehen des Danziger Senats ist aber noch aus einem anderen Grunde völlig unzulässig. Der Völkerverbund, dem bekanntlich die Überwachung der Danziger Verfassung obliegt, hat nämlich in einem Beschlusse aus dem Jahre 1925 jedem Danziger Staatsangehörigen ausdrücklich das Recht zugesagt, sich jederzeit mit einem Appell an ihn zu wenden. Der zu erwartende Prozeß dürfte also nicht nur vom juristischen, sondern auch vom völkerverrechtlichen Standpunkt von Bedeutung sein.

Noch eine Erbschaft der Friedlichen Personalpolitik!

Der Nazi-Polizei-Major

Verantwortlich für die Schüsse von Waltershausen

Aus Gotha wird uns berichtet, daß der für die Schüsse von Waltershausen verantwortliche Polizeioberwachtmeister der Nationalsozialisten nachweist, er soll die Weisung erteilt haben, die Kugel im guten Berufsverstand, verhandelt haben. Der Polizeimajor Brandt stand unter der besonderen Obhut des einstigen nationalsozialistischen Polizeiministers Fritzel. Diese Vorgänge zeigen wieder einmal deutlich, was von der verlogenen Volkstreuendlichkeit der Nazis zu halten ist.

Der tödliche Schuß auf Kaufmann Feil ungefähr um 6.30 Uhr. Wie uns berichtet wird, sollen noch gegen 6.15 Uhr der Bürgermeister Dr. Weidert, Beigeordneter Klee (Soz.), Stadtverordneter Günther (Wirtschaftsp.), die Stadtverordneten Göring und Ruhn (Komm.) den Führer des Arbeiterkommandos, der im Rathaus lag, wiederholt dringend ersucht haben, von einem weiteren Vorgehen der Polizei abzusehen, und ihm dabei immer und immer wieder versichert worden, daß es ihnen gelingen würde, durch Einwirkung auf die Massen in guten die Ruhe herzustellen. Die Antwort folgte gelautet haben:

„Es hat mir keiner etwas zu sagen, ich habe jetzt allein die Gewalt auszuüben.“

Rach unserer Auffassung wäre es hier noch Zeit gewesen, manches Nachzügler zu verüben. Besseres wäre der bedauerliche Todesfall dadurch vermieden worden.

Major von Brandt

Daraufhin begab sich eine fünfköpfige Deputation, unter der sich auch unser Genosse Beigeordneter Klee befand, im Auto nach Gotha zu dem Landrat Zeuthener, um von ihm die sofortige Zurückziehung der Polizei zu verlangen, da die Folgen nicht abzusehen seien. Der Landrat erklärte, daß er darüber keine Befugnisse habe und verwies die Deputation an den Leiter der

Randspolizei, Herrn Major von Brandt. Der Landrat teilte bei dieser Gelegenheit noch weiter mit, daß der Innenminister, den er von den Vorgängen sofort verständigt habe, eine Sonderausweisung von 3000 RMark für Waltershausen telephonisch zugesagt habe. Wie die fünfköpfige Deputation von Gotha juristisch, was inzwischen der Leiter der Gothaer Polizei, Major von Brandt, in Waltershausen eingetroffen und befand sich im Rathaus. Der Bürgermeister rief ihn herbei und teilte ihm mit, daß der Landrat ein Interesse an sofortigen Vornehmungen habe und daß die Deputation, die im Zimmer mit anwesend war, ihn in dieser Angelegenheit zu sprechen wünsche. Das soll er abgelehnt haben. Als daraufhin der Beigeordnete Klee die Bitte namens der Deputation wiederholte, soll Major von Brandt schroff antwortet haben:

„Fällt mir gar nicht ein, mit Ihnen zu verhandeln, ich habe andere Sachen zu tun.“

Diese Art der Antwort soll den Beigeordneten Klee veranlaßt haben, sich einen solchen Ton auf das Allerhöchste ablehnen zu verweigern. Aus den Feststellungen des Untersuchungsgerichtsausschusses ist bekannt, daß derselbe Major von Brandt anders handeln kann, allerdings, wenn es sich um Nationalsozialisten handelt. Bei der Festnahme von 150 Nationalsozialisten durch die Landspolizei in Gotha hat Major von Brandt die Nationalsozialisten Genannte und Triefel und den St.-Mann Zimmermann sofort in freundschaftlicher Weise empfangen, und auf seinem Dienstzimmer mit ihnen lange verhandelt,

so lange, daß selbst Henneke von dem Untersuchungsgerichtsausschuss, es wäre ihm zuletzt bald langweilig geworden und er hätte seine Leute zum Gehen aufgefordert. In der Sitzung des Untersuchungsgerichtsausschusses wurde Major von Brandt auch gefragt, ob er andere Parteien bei ähnlichen Vorfällen in gleicher Weise empfangen würde wie die Nationalsozialisten. Er hat diese Frage nicht bejaht. Und hier scheinen wir bereits ein Gegenstück dazu zu haben. . . .

Wann wird Röhms gehent?

Wünsche und Vorkläge des „Wälischen Beobachters“

Im Jahre 1930, als der Stern des Herrn Röhms noch nicht im vollen Glanze am Hitlerhimmel aufgegangen war, befaßte sich der „Wälische Beobachter“ mit den besonderen Eigenheiten in der Röhms, die Herr Röhms selber bemerkt hat. Er schrieb am 2. August 1930: „Alle besessenen Triebe der Substanz, den göttlichen Schöpfungsgedanken durch körperliche Begleitungen zu Leeren, Geschwätzern oder Gleichgeschicklichen zu durchkreuzen, werden mir in Röhms als das gefährlichste Verbrechen, was sie sind, als ganz gemeine Abirrungen von Sphären, als allerhöchster mit Strafe und Ausweisung zu ahndende Verbrechen.“

Ein entsprechender Gesetzesentwurf der Nationalsozialisten ist im Reichstag eingebracht worden, er müßte mit dem Herrn Röhms heißen. Was ist mit Herrn Röhms? Steht er nun in Sphären, die die besessenen Triebe der Substanz in sich hat? Warum ist es so stille um ihn? Hat ihn etwa eine heimliche Feinde schon mit dem Strich bedacht oder wird für ihn im Dritten Reich ein Ausnahmegesetz mit dem Generatopardon vor der Regierung geschaffen werden? Oder sollte Herr Hitler ihn zur Strafe gar — als deutschen Wehrminister in Aussicht genommen haben?

Lohnlexikon der Textilarbeiter

Der Hauptverband des Deutschen Textilarbeiterverbandes hat unter dem Titel „Tariflohnentwicklung in der deutschen Textilindustrie seit Ende 1923“ ein Wert herausgebracht, das sämtliche in der Textilindustrie vorhandenen Tarifverträge umfaßt. Das Wert ist ein Lohnlexikon für die deutsche Textilindustrie im wahren Sinne des Wortes und — was das gleich zu betonen — eine Arbeit von überragender Bedeutung, eine Leistung, wie sie bis zur Stunde die deutsche Tarifgeschichte nicht aufzuweisen hatte.

Im Inhaltsergebnis sind die Tarifverträge zur schnelleren Auffindung alphabetisch, zum anderen nach Branchen geordnet registriert. Das Wert enthält nicht nur, was das bei ähnlichen Lieferungen bisher der Fall war, Vergleichsmöglichkeiten der Entlohnung zwischen den einzelnen Industriezweigen, sondern liefert den Tarifverträgen zwischen den einzelnen tariflichen Arbeiterkategorien, wie sie sich auf Grund der jeweiligen Bestimmungen in den

einzelnen Tarifverträgen (Lohn- und Mantel-) auswirken, festgehalten worden. Es umfaßt somit alle Hilfsarbeiter und Arbeitergruppen; weiter gliedert es die Löhne nach dem Stand der jeweiligen Tarifabschlüsse ausgehend vom Zeitpunkt der Reichsmarkstabilisierung.

Ein ungeheures Stück Arbeit steht in dieser Leistung des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Sie verkörpert eine mit peinlicher Sorgfalt durchgeführte Kleinarbeit. Neunzig Prozent der in dem Wert aufgeführten Zahlen sind erarbeitete für den Lohn wie für den Besonderen, und nicht zuletzt für die Öffentlichkeit ist das Lohnlexikon des D.T.B. ein Nachschlagewerk ersten Ranges.

Völkswissenschaftliche Selbstkritik

Eine Gemeinde in der Nähe von München hatte Kommunisten eine alte Kessgrube für Sportzwecke zur Verfügung gestellt unter der Bedingung, daß sie nicht aufzufüllen. Sie heute ist sie noch nicht aufgefällt. In einer der letzten kommunistischen Versammlungen wurde daher der Vorhänge keine Genossen an. Was, ihr wollt ein Sammel-Deutschland schaffen, ihr könnt ja nicht einmal unsere Kessgrube aufüllen! Stimmt!

Geheimnis um 36 . . .

Im Laufe der letzten vier Monate sind in der fahnenreifeften Stadt Porto Alegre (im Staate Rio Grande do Sul) 36 Kinder unter 12 Jahren spurlos verschwunden. Die Polizei war bisher vergeblich bemüht, das Geheimnis zu klären.

„Objekt Reimmut“

Der Hebelberger Astronom Reimmut hat einen kleinen Planeten entdeckt, dessen Bahn in Sonnennähe außerhalb der Marsbahn, in Sonnennähe aber im Inneren der Erd- und Venusbahn verläuft. Die genaue Strecke des langgestreckten Ellipsenweges wird noch erproben. Abgesehen vom Mond dürfte das „Objekt Reimmut“ der Erde zu Zeiten näher kommen als alle anderen Himmelskörper.

Drama der Zeit

In Berlin-Spandau klagte der 36jährige Kaufmann Kurt Müller gemeinsam mit seiner Ehefrau und seinem neunjährigen Sohn durch Gesperrtheit den Tod Müllers vor am Freitag infolge Arbeitsmangels aus seiner Stellung entlassen worden.

Ein Schuß ins Schwarze

Wenn der Gemeindevorsteher Sozialdemokrat wäre

Im Kreise Randow in Pommern erscheint ein offizielles Blättchen der NSDAP, das sich „Völkischer Anzeiger“ nennt. Nach den rühmten Mustern werden darin Jauchentüfel gegen alle Sozialdemokraten ausgegeben. Bei diesem sauberen Beschäftigt ist dem Blatt ein Schuß ins Schwarze gelungen. Es veröffentlichte einen wütenden Angriff auf den Gemeindevorsteher Rank aus Arnimswalde, der am Mittwochabend von St.-Gutenhagen hinflohen aufgerufen worden ist. Dieser St.-Gutenhagen, so entrieste sich das Blättchen, verleihe von seinem Worte nichts weiter, als sich zu befehlen, dauernd sei er betrunken, als echter roter Parteibonze, der unwürdig sei, ein Amt zu bekleiden.

Es war ein wohlgeleiteter voller Sauchentüfel. Nach acht Tagen aber befaßte sich das Blättchen abermals mit dem Betroffenen. Aus der Sauche war inzwischen Wehrauch gemorden und der Gemeindevorsteher von Arnimswalde wurde plötzlich gelobt als eine Persönlichkeit, die treu und gewissenhaft ihr Amt zum Wohle der Gemeinde verleihe. Kein Wort mehr vom mitterrächtigen Suff, kein Wort mehr vom roten Parteibonze, der nichts von seinem Amt verleihe.

Was war da passiert? Sehr einfach: der Gemeindevorsteher von Arnimswalde ist nicht Sozialdemokrat, sondern ein Nationalsozialist und der übertriebene Redakteur des nationalsozialistischen Sauchentüfels hatte ganz aus Versehen bei seinem sauberen Schuß ins Schwarze getroffen!

Der Parteibuchbeamte

Er will nicht so genannt werden

Einen Strafbefehl über 100 Mark, der wegen seiner Begründung fast humoristisch wirkt, erhielt jüngst der verantwortliche Redakteur unseres Gothaer Partibüchleins zugestellt. Wie aus dem Wortlaut des Schriftstückes hervorgeht, ist diese Verfügung deswegen erfolgt, weil in einem Artikel des Gothaer „Volkstreuend“ vom Parteibuchbeamter ein Kritiker der Stadt Obrd vorgekommen worden ist, er sei ein Parteibuchbeamter.

Das Wort „Parteibuchbeamter“ ist eine Erfindung der Nazis und soll bekanntlich diejenigen Personen treffen, die eine besondere berufliche Vorkenntnisse auf Grund ihrer öffentlichen Tätigkeit eine Beamtenliste erhalten haben. Diese Definition trifft aber nicht nur auf den Regierungsrat Hilfer, sondern genau so auf den Bürgermeister Raschler zu, der von Haus aus Handlungsgehilfe war und keinerlei Beamtenverhältnis im Verwaltungsdiens aufzuweisen hatte, als er von den Nazis zum Bürgermeister von Obrd gemacht wurde. Daß sich dieser Raschler nunmehr durch die seinen eigenen Wörterbuch entnommene Bezeichnung „Parteibuchbeamter“ getroffen fühlt, ist ein schlechter Witz. Kein Witz ist jedoch, daß ein Gericht auf eine solche Anklage eines Getrübten hin, ohne den Angeklagten auch nur zu hören, einen Strafbefehl erteilt.

Selbstverständlich hat der betreffende Redakteur gegen den Strafbefehl Einspruch erhoben und nunmehr nicht bloß in öffentlicher Gerichtsverhandlung zeigen, ob der Gebrauch des Wortes „Parteibuchbeamter“ ein Sonderrecht der Nazis ist.

Schweißliches Verbrechen in der Schweiz

Zwei Menschen mit dem Beil erschlagen

In Basel ist am Montagabend ein schreckliches Verbrechen entdeckt worden. Ein 21jähriger Arbeiter hat in der Nacht vom Samstag zum Sonntag seinen Vater und dessen Freundin im Schlaf mit einem Beil erschlagen, nachdem er nach einem Streit gewarnt hatte, sie beide einschlagen waren. Der Mörder sprach darauf mit einem stöhrenden Wahnwortschreien, der sich besorgte nach der Urfrage der ungewöhnlichen Verbrechen erlutend hatte. Er suchte dann, sich dieses Verbrechen ebenfalls durch Erschlagen im Schlaf zu entledigen. Glücklicherweise wurde der Mann nicht lebensgefährlich verletzt. Der Mörder legte Feuer an die Betten, das von selbst erlosch, und fuhr am Sonntag früh nach dem unweitigen Eschbühl, wurde aber mit der eigenartigen Begründung abgemeldet, daß das Klingelglocke im Augenblick des Mordes bereits in ihren Besitz übergegangen wäre.

„Wigblätter“

Ein älterer Herr in Paris wollte seiner Portierfrau einige gebündelte Zehnjahreshefte eines Wigblätters leihen. Der Einladet halber warf er sie aus dem Fenster auf den Hof. Die ersten Blätter kamen gut an; das dritte oder vierte der Portierfrau auf den Kopf. Die Frau stürzte zu Boden und erlitt eine Gehirnerschütterung. Als sie sich wieder erholt hatte, verklagte sie ihren Spender auf Schadenersatz, wurde aber mit der eigenartigen Begründung abgemeldet, daß das Klingelglocke im Augenblick des Mordes bereits in ihren Besitz übergegangen wäre.

Börsen, Märkte und Handel

Berliner Getreidebörse vom 24. Mai

Toiler Mehlmarkt
Am Dienstag herrschte an der Berliner Weizenbörse wiederum größte Zuchtigkeit. Angebot an Weizenbrot war sehr reichlich, was sich in dem niedrigen Kaufpreis, der Weizen blieben sich in ihren Weizenbrot (als Hart weizen, hauptsächlich durch das vollkommen bündelnde Weizengetreide) zu zeigen. Die Weizenbrot blieben bei 1.00 und Weizen von 11.80. Auf dem Weizenmarkt herrschte ebenfalls gleiche Stimmung, so daß auch hier die Weizenbrot durch den Weizenbrot blieben bei 1.00 und Weizen von 11.80. Auf dem Weizenmarkt herrschte ebenfalls gleiche Stimmung, so daß auch hier die Weizenbrot durch den Weizenbrot blieben bei 1.00 und Weizen von 11.80.

	24. Mai	24. Mai
	(ab 10 Uhr)	(ab 10 Uhr)
Weizen	271-272	268-270
Roggen	188-189	188-189
Gerste	178-179	178-179
Hafer	168-169	168-169
Wassermehl	22.80-22.90	22.80-22.90
Wassermehl	22.80-22.90	22.80-22.90
Wassermehl	22.80-22.90	22.80-22.90

Buttermarkt

Westlicher Butterpreis, amtliche Notierung ab Genußmarken, 100 kg. Gebinde gegen zu Käufer Kosten, vom 24. Mai. 1. Qualität: 109, 11. Qualität: 108 und abfallende Werte 92 bis 104. Tendenz: ruhig.

